

Verkauft täglich außer Montags... Preis für Berlin...

Abfertigungsbüro... für die... des Reichs...

Gen. Speich.-Zustellg.: Amt VI, Nr. 4108.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. November 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Der Sozialdemokrat kommt!

Die Landwirtschaft, d. h. die Ausbeuter von Grund und Boden... Die Spitze dieser Organisation bildet das so genannte „Landes-Oekonomie-Kollegium“...

Als Berichterstatter sprach der Geheim-Ober-Regierungsrath Dr. Thiel für diesen Antrag. Er meinte nach den vorliegenden Zeitungsberichten:

Man spreche immer von der Bekämpfung der Sozialdemokratie, sage aber niemals, wie das geschehen soll. Ohne eine feste Organisation mit sehr bedeutenden Mitteln könne man keine Erfolge erreichen. Die geplante Organisation soll diese Mittel beschaffen.

Mit anderen Worten, es soll den Bauern und... eine Art Kriegsteuer gegen die Sozialdemokratie auferlegt werden. Bei der hohen Besteuerung, die ja nach Angabe der Landwirthe selbst die „Landwirtschaft“...

Einer der Redner warnte vor diesem Antrage, weil dadurch die Theilnahme ungeeigneter Elemente an den Vereinen und eine Veränderung der Haltung der Vereine eintreten könnte. Er meinte, im Falle einer solchen Maßnahme könnte es kommen, daß ein großer Theil der hier anwesenden Vertreter der landwirthschaftlichen Vereine dann nicht wieder herkommen würde...

Für den Antrag des sächsischen Zentralvereins sprach dann lebhaft ein anderer Geheimrath, der Professor Märker-

Halle. Er zeigte ganz besonders auf den „Kommenden Sozialdemokraten“ hin. Er berichtete: In Magdeburg gebe es 184 sozialdemokratische Agitatoren (muß der Herr Polizeikommissar Schmidt genaue Musterung gehalten haben!), die auf das Land, zunächst in die Umgebung von Magdeburg, hinaus ziehen. Nächstens würde man (welch Schauder!) sozialdemokratische Fachvereine auch auf dem Lande haben. Dem könne man nur durch solche Organisation entgegenzutreten.

Die Debatte wurde am ersten Tage, am Montage, nicht beendet, sie spannte sich am Dienstag in derselben Art fort. Es wurde von Herrn Hammerstein-Loxen ein Antrag eingebracht, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, die in Form eines Organisationsplanes dem Antrage des sächsischen Zentralvereins näher tritt.

Obgleich auch diesem Antrage wenig Sympathie entgegengebracht wurde, wurde er doch mit geringer Mehrheit angenommen, nachdem der Herr Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten selbst in der Sitzung erschienen und bis zum Schluß der Verhandlungen über diesen Antrag dageblieben war.

Wir haben es also hier mit einem von den amtlichen Stellen gebilligten Plane zur Errichtung von Zwangsinnungen und zum Ausschreiben einer Sozialdemokraten-Steuer auf dem Lande zu thun.

Diese Aussicht kann uns sehr wenig schrecken. Wenn einer der Redner gegen den Antrag meinte, um solche eine Besteuerung vorzunehmen, müsse man doch in erster Linie wissen, was man eigentlich wolle, wie das Geld verwendet werden soll, so zeigte dieser die ganze Rathlosigkeit, in welcher man sich in den betreffenden maßgebenden Kreisen gegenüber der Thatsache der Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande befindet. Was wird man thun, wenn man vielleicht einige Millionen auch den ärmeren Bauern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wird abgenommen haben?

Wir glauben, man wird das Geld verwenden in der Art, wie früher der betreffende Theil des Welfensonds verwendet wurde.

Wo das Geld ist, da sammeln sich die Adler! Der Fonds wird eine Menge zweifelhafter Elemente anlocken, die seit der Beseitigung der Puttkameri brotlos geworden sind. Man wird das Land überschwemmen mit albernem Flugblättern, die auch den schwächsten unserer Agitatoren dankbaren Stoff zu zündenden Vorträgen geben werden. Wir erinnern uns noch mit vielem Vergnügen der konventionellen Flugblätter, die wir selbst während der letzten Wahlagitation gerade in der Provinz Sachsen zu zerpfücken hatten.

Wir haben selten einen so dankbaren Agitationsstoff gefunden, der sich ungesucht darbietet und eine sehr angenehme Abwechslung in das Einerlei brachte, das zuletzt immer im Gefolge einer so forcierten Agitation sich einstellt, die den Rednern zu neuen Vorbereitungen keine Zeit läßt. Wie meckten das Bäuerlein und der Knecht auf, wenn man ihnen die Un-

wahrheiten und Dummheiten klarlegte, die in dem Blatte standen, das die Unterschrift der „Herren“ trug, deren Namen sonst nur mit einer gewissen Furcht genannt wurden. Wie lachten und jubelten sie, wenn man ihnen schlagend nachwies, welchen Unsum solche „Herren“ schreiben können. Wie höhnisch guckten sie nach denjenigen von diesen „Herren“, die vielleicht im Saale anwesend, sich drückten, wenn nun die „Gegner“ des sozialdemokratischen Agitators aufgefordert wurden, ihm hier offen Aug' in Aug', nicht durch Schimpfen hinter dem Rücken, entgegen zu treten.

Meint man, man wird für Geld sich neue Wahrheiten, mehr Witz, mehr Geist, wirksamere Sprache und Alles das kaufen können, was nöthig ist, um unseren Agitatoren, seien es die 184 Magdeburger oder die Tausende anderen, entgegenzutreten zu können?

Oder will man eine Knüppelgarde, eine Dreschfliegelkompagnie errichten, Denunzianten und Spitzel anwerben; die Gastwirthe noch mehr einschüchtern, um die Lokalabtreiberei mit noch mehr Erfolg zu betreiben?

Man kann erbärmliche, lederne Zeitungen gründen und auf dem Lande gratis vertheilen, man wird auch dadurch den Siegeslauf der Sozialdemokratie nicht aufhalten. Daß gerade die Beamten in dem Landes-Oekonomie-Kollegium von solchen mechanischen Mitteln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sich viel versprechen, nimmt uns einigermaßen Wunder. Wir denken, man hat mit solchen Zwangsorganisationen in den Berufsge nossenschaften für die Unfallversicherung nicht gerade sehr ermutigende Erfahrungen gemacht. Dieselben wurden doch auch mit der ausgesprochenen Absicht ins Leben gerufen, neben ihrer Thätigkeit in der Unfallversicherung noch eine Organisation der Unternehmer zu bilden, die der Bewegung der Arbeiter, der Sozialdemokratie, eine geschlossene Masse der Unternehmer gegenüberstellt. Ist das gelungen? Hat der künstlich zusammengetragene Schneemann, diese Vogelscheuche, die sozialdemokratischen Spähen verschrecken können? Und die Innungen! Wie will man ferner die Forderung der Innungsmeister auf Zwangsinnung abweisen, die man ihnen doch nur im Interesse des Großkapitals verweigert und verweigern muß, wenn man hier die Bauern zu Zwangsinnungen zusammen zu schweißen sucht? Weiter ist diese Organisation doch nichts, als was die Innungsmeister fordern.

Welche Dienste haben die künstlich geförderten und künstlich gepflegten Innungen denn geleistet? Wo sind die Erfolge, die sie aufzuweisen haben? Man zeige sie uns doch.

So würden auch diese landwirthschaftlichen Zwangsinnungen weiter nichts sein, als ein Haufen in Form gebrachte todte Masse, ein Schneemann ohne Leben und ohne Zweck. Mit solchen mechanischen Gebilden und mit einem Haufen Geld hält man die Sozialdemokratie nicht auf.

Wir sehen da eure Angst, meine Herren! Und diese Angst ergötzt uns, sie ermutigt uns. Auch auf das flache Land kommt unaufhaltsam der Sozialdemokrat.

Revue.

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Veroy.

In Paris drängte Alles in neue politische Bahnen. Schon am nächsten Tage nach dem Februarsiege hatten sich zahlreiche Klubs gebildet, in denen der Tumult der Debatten und Manifestationen widerhallten. Von Tribünen erschallten begeisterte Reden. Dasselbe Paris, in dem das Elend herrschte, konnte nichts produzieren. Das Schauspiel, welches die Redner in den ersten Stunden ebenso boten, wie diejenigen, welche ihnen folgten, war nun als Herren herrschten, hatte die Bevölkerung abgestumpft und eckte sie an.

Die Unfähigkeit, Doppeltüchtigkeit und der Ehrgeiz der Mitglieder der provisorischen Regierung drängte die Arbeiter zu großartigen Manifestationen und Drohungen. Diese mußten diejenige Klasse mit Schrecken erfüllen, welche seit 1789 die herrschende war. Sie sah jetzt das Volk sich erheben und in geschlossenen Reihen als enterbte Schwester ihre Rechte beanspruchen, weil sie zu dulden müde war.

Alle diejenigen, welche als Arbeiter für das, was um sie her vorging, volles Verständnis hatten, begriffen, daß die gesetzgebende Versammlung und das Exekutivkomitee, welche an die Stelle der Regierung getreten waren, die auf den Barricaden das Licht der Welt erblickte, viel mehr davon dachten, die gewaltsame Bewegung des Volkes nieder-

zuhalten, als die Republik zu bestätigen und für ihre kräftige Entwicklung zu sorgen. Was lag ihnen daran, geeignete praktische Maßregeln zu treffen! Die republikanische Devotion, an welche sie immer wieder erinnert wurden, wenn das hungrige Volk nach Brot schrie, hatten sie vergessen.

Statt dessen intriguierten die verschiedenen Parteien, welche in der konstituierenden Versammlung vertreten waren, um so mehr. Diefelbe war, nachdem am 23. April ihre Auflösung erfolgt, am 4. Mai wieder zusammengetreten. Aus ihr heraus wurde die Republik mit begeisterten Rufschreien begrüßt. Und nun ließen dieselben Bourgeois ihrem Haß um so mehr freien Lauf, je mehr die drohende Masse wuchs.

Man diskutirte nur noch wenig in den Klubs. Man stellte kurz und bündig Forderungen; man drohte, weil man müde war.

Das Blut der in Rouen getödteten Arbeiter hatte klar gezeigt, was eine Republik für das Proletariat bedeutet, so lange die Bourgeoisie die Macht allein in der Hand hat.

Der Aufstand vom 15. Mai hat das Maß voll gemacht. Im Juniern bereitet sich ganz offen die Reaktion vor. Die Wahlen haben von vorn herein bewiesen, daß man einen bedeutenden Fehler gemacht hat, und es sollte leider nicht der letzte sein.

In den Wahlen hatten sich die Stimmzettel in Kartonschen verwandelt, deren Angeln für die Brust der Arbeiter bestimmt waren.

Die sieberhaften Konvulsionen, welche das Land gewaltig erschütterten, haben den wilden Haß und die Unversöhnlichkeit der bestehenden Klassen gegen den Sozialismus vermehrt, der

die Arbeit von jedem Bruche befreien will. Die Parteien, welche unterlagen, sind von Neuem in Aktion getreten.

Die Deleanisten intriguierten und auch die Legitimisten entfalten von Neuem ihre Fahne. Die Bonapartisten gruppieren sich kühn und ohne alle Gewissensbisse um den Freibeuter der in Straßburg und Boulogne schon seine Rolle gespielt hat.

Die Republik gestattet, daß die Könige die unterdrückten Nationen erwürgen. Eine furchtbare Koalition bildet sich gegen sie.

Die Partei des „National“ beherrscht im Parlament die politische Lage.

Die republikanischen Bürger vernichten in ihrer Furcht langsam die Republik.

Und über alle herrscht die Ironie dieser Zeitepoche, welche die erschöpfende Sentimentalität der Bräutlichkeit und Christlichkeit charakterisirt, es segnet die Bräute der Republik — der Klerus. Der General Cavaignac hat seine zögernde Haltung aufgegeben; so lange er in ihr verharrte, so lange konnte sich die Situation bei dem Hader der Parteien nicht klären. Er bekannte Farbe, als er die Gefahr sah, in welcher die Bourgeoisie schwebte.

Es war ihm klar, daß in kurzer Zeit die Stunde schlagen mußte, in der die Kanonen sprachen, und er übernahm die ihm anvertraute Mission, indem er am 17. Mai das Portefeuille des Krieges akzeptirte, welches er einst so hochmüthig abgeschüttelt hatte. So stand er als Chef der Armee da und hält als solcher die Geschicke derjenigen Klasse in seiner Hand, welche ihn bereits als ihren Retter betrachtet und welche ihm den Preis für die schrecklichen Dienste zahlen soll, die er ihr zu leisten bereit ist. Er ist

# Der Staat als Unternehmer.

Karlsruhe, 22. November.

Das sich der heutige Staat in der Ausbeutung der Arbeitskraft der „gewöhnlichen“ Arbeiter vom Privatunternehmer in nichts unterscheidet, ist eine so bekannte Tatsache, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht.

Dagegen dürfte es für die Leser dieses Blattes nicht uninteressant sein, zu erfahren, unter welchen Bedingungen und mit welcher Intensität die Exploitation auch der „besseren“ Beamten, des gebildeten Proletariats betrieben wird.

Bei den badischen Staatseisenbahnen werden auch weibliche Beamte für die Tauer der Chelofateit angestellt und finden als Telegraphistinnen, Billeterkassierinnen, Rechnerinnen u. dergleichen. Wenngleich nun die Beschäftigung dieser Beamten-Gruppe eine körperlich leichte ist, so nimmt sie doch wegen der Verantwortung oder des Missos die ganze Spannkraft des Geistes in Anspruch und mühte man sich nicht hierauf von der Verwendung eines „Nüperbetriebs“ billig erwarten dürfen, daß die Arbeitszeit eine angenehme ist. Es ist dies aber keineswegs der Fall. Eine Telegraphistin hat z. B. in 4 Wochen an 25 Tagen 248 Stunden Dienst, so daß auf den Tag etwas weniger als 10 Stunden entfallen. Während die „gemeine“ Arbeiterin wenigstens jede Woche einen freien Sonntag hat, ist dies ihrer gebildeten Kollegin nicht vergönnt; diese hat vielmehr erst jeden zweiten Tag „frei“. Dieser freie Tag ist aber gar nicht zu vergleichen mit demjenigen des gewöhnlichen Arbeiters, denn es geht ihm regelmäßig ein Nacht- und Tagdienst von neun Stunden voraus, so daß er eigentlich Schlaraffenland ist.

Die Billeterkassierinnen haben sogar jeden 4. Tag Nachtdienst. Nach dem sog. Arbeiteraufgehabe haben aber die weiblichen Fabrikarbeiterinnen einen Schuß vor einer solchen Ausbeutung, da sie Nachts nicht mehr beschäftigt werden dürfen.

Noch ungünstiger stellen sich die Arbeitszeiten der männlichen Beamten dar. Die Assistenten, Gehilfen, Anwärter u. dergleichen durchschnittlich ca. 18 Stunden Dienst und ebensoviel, wenn nicht mehr, Nachtdienst als die weiblichen.

Wenn wir schon oben den „freien“ Tag als einen Schlaraffenland bezeichneten, so hat es damit noch keine besondere Bewandnis. Denn nämlich der Beamte oder die Beamtin nach neunständigem Nachtdienst nicht übermäßig müde und sich auf und davon macht, vielmehr zu einem Anstieg ins Freie, so hat die großherzoglich badische Eisenbahnverwaltung diesen Mißstand verurteilt, daß kein Beamter an seinem „freien“ Tage sich ohne Urlaub aus seiner Wohnung entfernen darf!

So die Lage von Proletariats trotz Kulturimperialismus, Kenntnis der englischen und französischen Sprache, Konjunktur u. dergleichen. Die hängende Absicherung ist nicht geeignet, zum Optimismus hinzureichen. Die bezeichnete Beamtencategorie ist in Baden mit 1900 bis höchstens 2000 M. dotiert und da die Beamten selbst an ihren „freien“ Tagen zur Befriedigung stehen müssen, so entfällt pro Tag 3,50 bis 5,50 M. bei 10-12 stündigem Dienst. —

Bei einer solchen Lage ist es nicht mehr nötig, daß Sozialdemokraten Anjuridienheit in die Reihen der gebildeten Proletarier tragen, diese wuzelt auch hier bereits tief und sollte sich auf folgende Weise demonstrierbar bemerkbar machen.

Als bei den letzten Reichstagswahlen die Siege der nationalliberalen Partei — der leitenden in Baden — im Reichstag unbeseit blieben, schrieben dies die Ordnungsmänner der Wählerzeit der „Sozjen“ und dem allgemeinen Wahlrecht zu. Ihre Hoffnung war auf die Landtagswahlen gesetzt, wie dieselben aber getäuscht wurden, hat der „Vorwärts“ s. Z. bereits mitgeteilt — die nationalliberale Partei ist geprengt — Darob lange Gesichter und Jammer. Nachdem der erste Schreck vorbei, begann eine Suche nach den Ursachen des Niederganges der Partei. Viel Wildbunn ist gebraucht worden, bis endlich ein Einsender den Rath sahnte, auf das fassende neue Brautengesetz von 1888 hinzuweisen, welches die Lage der unteren Beamten um nichts gebessert, vielmehr das alte Glend nur in neuen Zahlen festsetzt, und es als die einzige Ursache der Anjuridienheit der Beamten mit der nationalliberalen Partei zu bezeichnen. Damit ist aber ein Anderer nicht einverstanden und veröffentlicht einen Artikel mit dem Refrain: „Fürs Vaterland laßt uns arbeiten.“

Charakteristisch für die Stimmung in den beteiligten Kreisen ist nun der Effekt dieses Artikels. Das betreffende Blatt veröffentlicht folgende Quittung:

„Eine wahre Sturmflut von Kreuzbandsendungen brach gestern über unsere Redaktion herein. Von verschiedenen Seiten wurde uns die Dienstagnummer unseres Blattes, in welcher unser der Rubrik . . . der Artikel „Auch einmal das Beamten-Gesetz“ enthalten war, zurückgesendet. Damit wir nicht im Zweifel sein konnten, welchem Umstände wir die immerhin auf-fallende Berichtsleistung verschiedener Abonnenten auf die betreffende Nummer zuschreiben hatten, war der genannte Artikel mit Blauschwarz angeklebt und mit Randbemerkungen versehen. . . . Kamentlich der Schlusssatz: „Fürs Vaterland laßt uns arbeiten.“ scheint das Mißfallen verschiedener Einsender er-

rättselhaft, dieser Schweizer mit dem Blick des protestantischen Kriegers. Sein Auge läßt keinen seiner Gedanken verrathen, aber seit seinem Eintritt in das Ministerium fühlte man seine eiserne Faust, die Faust des Herrn der Situation, welcher entschlossen ist lieber alles zu erreichen als sich zu beugen. Er wird auf seine Macht freiwillig nicht mehr verzichten. Seine Hoffnungen halten mit seinem Ehrgeiz gleichen Schritt. Er sieht in sich selbst den Retter und erinnert sich nicht ohne das Gefühl angenehmer Befriedigung daran, daß das Andenken an seinen Bruder Godofroi, der ein so glühender Republikaner war, dem Volke noch heut heuer ist.

Er sonnt sich im Dichte seiner Popularität und sieht der Zukunft mit Ruhe entgegen. Er sagt sich, daß dieses Volk von Frankreich immer dasselbe geblieben ist, unternehmungslustig, wenn es sich darum handelt eine Rolle in der Politik zu spielen, und bereit sich alsdann von einem glücklichen und kühnen Soldaten beherrschen zu lassen. Ihm sind alle Mittel angenehm, die dazu beitragen, seinen Namen mit einem strahlenden Nimbus zu umgeben und sein magisches Prestige zu erhöhen. Dank seiner Verbindungen und seiner Intriguen gegen Marxas, welcher als Präsident der Versammlung des Palais-National über die Stimmen der Rechten und damit auch über die Majorität verfügt, hat er einen Theil der Presse zu seiner Verfügung, der sein Lob singt, seine Tugenden überreibt und seine Großthaten in Afrika rühmt.

Eine Legende erwacht allmählig. Die Broschüre und Biographien folgen schnell auf einander und werden überall verbreitet.

Aber der General wittert dennoch in diesem Paris, das oft noch recht blind, aber immer bereit ist, eine selbst ungewöhnliche Popularität zu vernichten, sowie ein Stein im Sonnenlicht schimmernde Spiegel vernichtet, einen dunklen Widerstand und eine unüberwindliche Feindseligkeit.

In der That, die wirklichen Sozialisten und wahren Revolutionäre, diejenigen, welche wohl wissen daß die Armeen und die Generale keine andere Mission haben, als die sozialen Privilegien zu vertheidigen, daß sie vielmehr

recht zu haben, denn er war mit ganz besonders diesen Blauschwarzen eingenahmt. . . .

Kein Wunder, daß die Proletarier in Uniform auf das chauvinistische Blättchen verzichteten — war ja doch in derselben Nummer das sozialdemokratische Programm veröffentlicht!

Wir sind sogar sicher, daß auch diese Proletarier über kurz oder lang auf das ganze „Vaterland“ verzichteten und sich der Sozialdemokratie zuwenden werden.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute Abend eine Uebersicht der amtlich festgestellten Ernte-Erträge in Deutschland an Roggen und Weizen für die Jahre 1890 und 1891. In diesem Jahr (1891) betrug die Gesamt-Ernteernte des Deutschen Reichs 6 302 863,8 Tonnen (= 1000 Kilogramm) gegen 5 867 930,7 Tonnen im vorigen Jahre, — die Gesamt-Weizen-ernte in diesem Jahre 3 847 714,9 gegen 3 298 611,1 im Vorjahre.

Wir haben zu diesen Ziffern zunächst nur zu bemerken, daß sie die Thatfache des Nothstands gar nicht berühren. Deutschland erzeugt nicht genug Getreide für seinen Konsum — es muß vom Ausland einführen, und infolge des absoluten Mißwachses in Rußland und anderen Ländern sind in diesem Jahre die Getreidepreise enorm gestiegen. Und für Deutschland sind sie durch die Kornzölle noch künstlich zu wahren Theuerungspreisen erhöht worden. Hieran kann die Statistik des „Reichs-Anzeigers“ nichts ändern. —

Ein Geschenkwurf zur Hebung des Handels ist, wie die „National-Zeitung“ hört, innerhalb der Reichsregierung in Arbeit, und schon ziemlich weit vorgeschritten. Wir zweifeln nicht, daß die „National-Zeitung“ gute Ohren hat, und sind begierig auf diesen Geschenkwurf. Bileicht wird nächstens auch ein Geschenkwurf ausgearbeitet über die Quadratur des Kreises und den Stein der Weisen. —

Ein Reichsgesetz über die Auswanderung soll dem Reichstage nächstens zugehen. Wir fürchten, daß es ein Gesetz gegen die Auswanderung sein wird, nicht etwa weil wir den Strom der Auswanderung vergrößert sehen möchten, sondern weil wir nur ein anwendbares Mittel gegen die Auswanderung kennen, und das besteht darin, die Zustände im Inlande so zu gestalten, daß die Einwohner sich daselbst wohl befinden. Kann man das nicht, so muß die Freiheit der Auswanderung unbeschränkt bestehen; der Landesbewohner wäre sonst nicht Bürger, sondern Gefangener des Staates. Die „National-Zeitung“ erwartet von dem Gesetze, daß durch dasselbe bewirkt werde, daß der in die Ferne sich ergießende Strom der Auswanderung im nationalen und wirtschaftlichen Zusammenhange mit dem Heimathlande bleibe. Das sei aber nur möglich, wenn wir ein Maß positiver Fürsorge für die Auswandernden entfallen, welches in diesen das Bewußtsein erweckt, daß sie zwar die Heimath verlassen, aber nicht das Band zerschneiden, das gemeinsame Abstammung, Sprache, Gesichts- und Sitte um uns und in uns gebunden hat.“ Das nationalliberale Blatt weist auf England, Belgien und die Schweiz hin, die durch organisatorische Einrichtungen ihre Fürsorge für ihre Auswanderer entfallen. In diesen Ländern, und das scheint das nationalliberale Blatt zu vergessen, herrscht auch kein preussisches Junkerthum, das gerne noch die Peitsche über die Arbeiter schwingen und sie doch verhindern möchte, anzuhwandern. So wie die Vorlage des Reichsgesetzes ersiehene, würde man sie bei der Arbeit sehen, in dem Gesetze möglichst viele Fingerringe, welche den Auswanderer zurückhalten sollen, anzubringen, wenn sie nicht bereits in der Vorlage enthalten sein sollten. —

Mit den deutschen Handelsverträgen will es nicht recht vorwärts. Nachdem der italienisch-deutsche Handelsvertrag „paraphirt“, d. h. in provisorischer Fassung niedergeschrieben worden ist, soll der österreichisch-deutsche einer „Schlußredaktion“ unterworfen und in Wien unterzeichnet werden, sobald der schweizerisch-

berufen sind, die inneren als die äußeren Feinde zu bekämpfen, haben nicht ohne Mißtrauen, wie dieser General oberer Schiedsrichter über den ersten Kampf wurde, der sich entspinnen sollte. Von allen Seiten machte sich eine heftige Reaktion gegen diejenigen bemerklich, welche in Paris sich als Gegner gegenüberstanden und welche nur auf die Stunde warteten, in der sie handgemein werden.

Einer von denen, welcher die tragische Verwickelung, die die Geister klären wollen, am klarsten durchschaut, ist sicher Marcho-Seul.

Und einer von denen, welche den neuen Kriegsminister ganz durchschauten, war der alte Schuster von der Rue Gallaude.

Wie hätte er vergessen sollen, daß der General am Tage nach seiner Unterhaltung mit den Politikern der Bourgeoisie in der Rue Beaujolais kühn die Revolutionäre anführte, welche sich in dem Souterrain des Place des Victoires versammelten, um sie seiner Ergebenheit zu versichern.

Marcho-Seul hat jetzt keine privaten Sorgen mehr. Der Kampf mit seiner Frau war vorläufig beendet. Charlottens Zukunft war gesichert; er konnte sich daher kopf-über in den politischen Kampf stürzen und gleichzeitig für die sozialen Ideen Propaganda machen. Man begegnete ihm überall, wo es einen Aufruhr gab oder wo es Haß zu sein galt.

Er war bester Laune, — seine Stimme klang sonorer, schärfer als je, seine Lippen zuckten beständig konvulsivisch. Ueberall machte er unerwartet Propaganda.

In seinem Laden und in den Versammlungen zog er aus der Anwesenheit eines oder mehrerer Arbeiter Nutzen, um die Aufregung zu schüren, indem er in jedem derselben den Muth entflammete, sein Recht zu beanspruchen im Namen der menschlichen Würde.

Was er sagt, beweist er mit schrecklicher Klarheit und einer zähen Ausdauer. Die Ereignisse, welche einander jagen, die Krisis, welche droht, das Glend, das bei jedem Arbeiter einkehrt, endlich die hereinbrechende Reaktion, alles das unterstützt ihn in den Theorien, welche er lehrt.

Marcho-Seul ist nicht gewandt in sentimentalischen Seiten-

deutsch-österreichische Handelsvertrag fertig vorliegt“. So lange das noch dauern wird, läßt sich einzuweilen nicht absehen. —

Die Nationalliberalen glauben sich aus der verdächtigsten und verächtlichsten Stellung, die sie sich redlich verdient haben, durch gesetzgeberische Thaten reizen zu können. Zu dem Vörsenratte sügen sie jetzt einen neuen Antrag, welcher die Erwartung ausdrückt, daß bei der Ausarbeitung einer deutschen Militärgerichts-Versaffung die Ständigkeit der Gerichte, sowie die Oeffentlichkeit und Unabhängigkeit des Hauptverfahrens zur Geltung gelange. Diese Forderung ist bekanntlich von der bayerischen Kammer einstimmig erhoben worden. Mit Hilfe der Nationalliberalen konnte bisher die Reichsregierung dieses Verlangen nicht zurückweisen, ihnen danken wir auch die Verschlimmerung der Justizgesetze, insbesondere den Zeugniszwang der Redakteure, für welchen sie stimmten, nachdem sie ihn als ein schändliches Maßregel, der sich kein Ehrenmann sügen könnte, verworfen hatten. Jetzt ist es das reine Possenspiel, wenn die Nationalliberalen sich einen freisinnigen Anstrich geben wollen, mit dem sie doch Niemanden täuschen. —

Eine Regentenschaft in Mecklenburg-Schwerin wird in der „Kölnischen Zeitung“ angeregt, weil der Großherzog seit dem Antritt seiner Regierung wegen Krankheit fast beständig außer Landes sei. Wenn ein wahnsinniger Fürst wie König Ludwig von Bayern 20 Jahre ohne Regentenschaft regieren konnte, so ist nicht abzusehen, warum es nicht auch ein abwesender Fürst sollte! —

Taschen zu! Der russische Minister des Auswärtigen der berüchtigte Giers, ist jetzt, nachdem er in Rom und Paris diplomatische Gastrollen gegeben, in Berlin eingetroffen — auf wie lange wissen wir nicht; was wir aber wissen ist, daß dieser Herr für seine bankrotte Firma Verschäfte irgend welcher Art machen will. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, handelt es sich um einen Generalpump, durch den die verkrachte Anleihe des vorigen Monats flott gemacht werden soll; jedenfalls um irgend einen Schwindel auf deutsche Kosten. Also Vorsicht! Und mind your pockets! Die Hand auf den Geldbeutel! —

Emin Pascha, der unserer Reichsregierung durch seine rollenwidrigen Seiten Sprünge so böse Verlegenheiten bereitet hat, ist nun selber in argen Schmutzitäten. Die Londoner Blätter mittheilen, ist Kapitän Lugard von der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft an der Spitze einer Expedition ausgezogen, um den abenteuerlichen „Freibeuter“ (freeshooter) abzufassen. Die Engländer verstehen in solchen Dingen keinen Spaß, und die zornige Ankündigung, daß Emin Pascha in Lugard „einen unbequemen Faktor“ finden werde, läßt auf wenig gemüthliche Absichten schließen. Seiner famosen Eisenbahn „wird der Ex-Gouverneur von Madagaskar sicher nicht heben und heimbringen — wir wollen nur wünschen, daß er sich selbst heimbringe. —

Die italienische Regierung weiß nicht, was sie mit dem so unglücklich begonnenen Prozeß wegen des 1. Mai machen soll. Ihn fallen lassen, wäre das Bestmögliche — allein es wäre auch eine beschämende Selbstkritik und Selbstverurteilung, zu der die Regierung sich nicht entschließen wird. Und doch, den Prozeß fortzusetzen, ist beinahe ein Selbstmord. Jeder Tag der Verhandlungen hat der Regierung eine Niederlage gebracht und wir waren erst am Anfang der Enthüllungen und Anklagen gegen sie. Sogar die „Kreuz-Zeitung“ giebt zu, daß das Gerichtswesen durch den Prozeß arg kompromittirt ist.“ Wir dächten, noch Anderes und mehr als das Gerichtswesen wäre kompromittirt. Einstweilen ist die Fortsetzung des Prozeßes auf „die erste Hälfte Dezember“ anberaumt, — eine sehr unbestimmte Frist, welche die Verlegenheit offenbart. Der Abgeordnete Wolff will einen Amnestie-Antrag stellen. Die Annahme desselben wäre für die Regierung vielleicht der beste Weg aus der Patsche. —

In Spanien ist Alles aus dem Leim. Das Ministerium Canovas hat seine Entlassung genommen und in aller Eile ist ein neues Ministerium gebildet worden, dessen Spitze ebenfalls Herr Canovas steht. An einem Systemwechsel ist also nicht zu denken — es wird in der

sprängen, mit welchen man das Volk unterhält, um es einzuschlafen; wie man einen Kranken bewußtlos macht, wenn man ihm ein Glied abnehmen will. Er kennt St. Simon, Fourier, Proudhon, Louis Blanc u. s. w., welche die wirtschaftliche Bewegung in unbarbarischer Weise leiten wollten; jene Bewegung, welche den bürgerlichen Feudalismus abgeschafft hat, den Millionen-Feudalismus, der in den Hände einer gierigen egoistischen Minorität die Gefährde des Landes, Europas und der Welt gelegt hat.

Er hat die Schläge seines Dergens und alle edlen Gefühle bemerkt, welche ihn in seiner Jugend kopf-über in den Kampf gedrängt hatten. Er hat gelernt seine Beobachtungen zu schärfen und das Fieber zu beherrschen, welches ihn bewegt.

Kalt überblickt er heut die Situation, kalt beurtheilt die Ereignisse.

Er hat eingesehen, daß die größte Gefahr für dieses gute Volk von Paris seine Verblendung und Unbesonnenheit ist, obwohl dieses Volk von Haus aus Scharfsinn besitzt. Aber leider läßt es sich, wenn Begeisterung im Temperament wie ein hitziges Fieber siedet läßt, nur leicht leiten und erkennt meist zu spät, daß es betrogen worden ist.

So dringt seine Propaganda bei allen denen, welche er bekehren will, die Wirkung einer eisigen kalten Douce hervor.

Seit dem Zusammenstoß des 15. Mai haben die brennenden Fragen und die Drohungen der Bourgeoisie die Erregung des Volkes zum Siedepunkt gebracht; es antwortet jetzt kurz, scharf und bitter.

Der erste Eindruck der Belehrungen Marcho-Seuls ist abstoßend und entmuthigt seine Zuhörer. Aber, wenn er in stießender Rede ruhig die rapide historische Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage zeigt, wie sie bei der Zeit der Revolution von 1789 sich gestaltete, dann bringen seine Beweisgründe und Ideen selbst in die härtesten Köpfe ein; sein kaltes Blut, seine maßvolle sichere und imponierende Haltung erweckt dann die schlimmsten Leidenschaften und läßt Haß, der wild und unüberwindlich hervorbrechen muß. (Fortsetzung folgt.)

alten Weise weiter gewirtschaftet werden — so lange es geht.

Zum Streik der französischen Grubenarbeiter wird uns aus Paris unterm 22. d. Mts. geschrieben: Einer soeben — 10 Uhr Abends — aus Lens eingetroffenen Depesche zufolge scheint die Lage in den Grubenbezirken, in welchen der Streik ausgebrochen ist, sich immer schärfer zu zuspitzen. Man ist namentlich ungeduldig über die Schiedsrichter, welche die Regierung ernannt hat, um den Streit zwischen den Grubengesellschaften und deren Arbeitern zu schlichten. Die Streikenden sind allerdings gewillt, sich einem Schiedssprüche zu unterwerfen; sie verlangen aber, was ja übrigens nur recht und billig ist, daß das Schiedsgericht in der herkömmlichen Weise gebildet werde, d. i. daß jeder der beiden streitenden Teile seine Richter wähle, die sich dann über den Unparteiischen, den eigentlichen Schiedsrichter, zu verständigen haben. Wie sehr die Streitenden geneigt sind, sich einem schiedsrichterlichen Aussprüche zu unterwerfen, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß in der heute Nachmittag in Lens stattgehabten Delegierten-Konferenz der Bergarbeiter eine diesbezügliche Erklärung abgegeben wurde und gleichzeitig fünf Delegierte als Schiedsrichter der Bergarbeiter ernannt wurden. Unter denselben befinden sich der Abgeordnete P a s l y; der Generalsekretär der Grubengesellschaften von P a s de C a i s, J a m e n d i n, sowie J o u v e n e a u, Vertreter der Grubengewerkschaften des Norddepartements. Die Frage ist jetzt nur, ob die Grubengesellschaften sich einem solchen Schiedsgerichte zu unterwerfen bereit sind. Wie verlaute, soll dies keineswegs der Fall sein. Sie wollen sich, wie es heißt, nur dem Urtheile der fünf von der Regierung ernannten Personen unterwerfen und bestenfalls nur dann einem im Sinne der Bergarbeiter zusammengesetzten Schiedsgerichte ihre Zustimmung geben, wenn sie des „Unparteiischen“ sicher sind. Die Bergarbeiter sind aber durchaus keine Leute, die sich so leicht überbieten lassen. Sie wissen ebenso gut, wie diese Herren, daß, wenn diese sich so geneigt zeigen, sich dem Urtheile der fünf von der Regierung ernannten Personen zu unterwerfen, dies nur der Fall ist, weil sie wissen, daß diese, ihrer Stellung wie ihrer materiellen Lage nach, auf Seite der Grubengesellschaften stehen. In der That befinden sich darunter drei Mitglieder des Staatsrathes, der durch seine für Privilegien nur allzu günstigen Entscheidungen sattfam bekannt ist, und zwei Staatsingenieure, Kameraden der Bergwerksingenieure. Einer derselben soll sogar, wie der Abgeordnete P e l l e t a n gestern in Gegenwart Ihres Korrespondenten versicherte, nicht nur ein Jesuitenjüngling sein, sondern den Jesuiten auch noch jetzt angehören. Und solche Leute sollen dann ein unparteiisches Urtheil u. A. darüber abgeben, ob die Grubengesellschaften berechtigt seien, ein Theil des Geldes, das die Arbeiter in die Unterküchungsklassen einzuhaken, für Messen, Wackskerzen und Kirchengeläute anzugeben! Und dies im anderen Falle der „Unparteiische“ ebenso beschaffen, ist nur einem ähnlich beschaffenen Mann wollen die Grubengesellschaften als Unparteiischen herbeiziehen, dann ist es nur allzubegreiflich, wenn es unter den Streikenden zu solchen Gähnen beginnt. Diese Gähnung wird noch dadurch gesteigert, daß die Streikenden auf Schritt und Tritt Gendarmen und Soldaten begegnen, die zum Schutze der Ordnung, des Eigenthums und wie all diese Schelmen heißen, gleich nach Ausbruch des Streiks auf Verlangen der Grubengesellschaften nach den Streikplätzen beordert wurden. Wie wenig Anhang ein solches Vorgehen selbst bei bürgerlichen Politikern findet, zeigt der heutige Leitartikel des „Radical“, welchen Henry Maret folgendermaßen schließt: „Es ist sonderbar, daß, seit es Gesellschaften giebt, die öffentliche Gewalt immer im Dienste des Reiches steht, der diese Hilfe so sehr als ein Recht betrachtet, daß es ihm gar nicht einfällt, hierfür erkenntlich zu sein. Dagegen würde er es als eine schreckliche Tyrannei betrachten, wenn diese öffentliche Gewalt gegen ihn das Brot des Arbeiters verheiden würde. Es wäre vielleicht Zeit, eine neue Ordnung der Dinge herzustellen und mit jenen alten Vorurtheilen zu brechen.“ Zum Schlusse sei noch gemeldet, daß in der angeführten Delegiertenkonferenz bekannt gegeben wurde, daß die englischen Bergarbeiter entschlossen sind, zu Gunsten der Streikenden, abgesehen von Geldunterstützungen, die Kohlenproduktion in dem Sinne einzuschränken, daß sie nur drei Wochen im Monate arbeiten wollen. In Serain (Belgien) tagt gegenwärtig ein Bergarbeiter-Kongress, auf welchem dieser Streik ebenfalls zur Sprache kommen dürfte. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß auch die deutschen Bergarbeiter in irgend einer Weise ihre Sympathie und Solidarität mit ihren französischen Genossen bezeugen werden.

Mit Fonseca's Herrlichkeit in Rio de Janeiro hat es nicht lange gedauert. Die Brasilianer haben nicht gewartet, bis der Ex-Kaiser Don Pedro ihnen die Erlaubnis bringen werde — sie haben sich recht republikanisch selbst geholfen und den „Diktator“ zum Teufel gejagt. Die Diktatoren machen in der neuen Welt ebenso schlechte Geschäfte wie die Monarchen. Man weiß noch nicht genau, wie die Abwicklung der Dinge sich vollzogen hat — zu einem eigentlichen Kampfe scheint es nicht gekommen zu sein. Ob die Gefahr der Auflösung Rio Grande von dem brasilianischen Staatenbund durch den Sturz Fonseca's befreit ist, läßt sich noch nicht sagen. Die Provinz Rio Grande do Sul gravitirt schon seit Langem nach der südlich angrenzenden Republik Uruguay und auch an Bestrebungen nach einer getrennten staatlichen Existenz hat es nicht gefehlt. Die Abtrennung von Brasilien wäre also keineswegs unwahrscheinlich.

Der bisherige Vizepräsident Peixoto hat verfassungsmäßig die Präsidentschaft übernommen und den von seinem Vorgänger proklamirten Belagerungszustand aufgehoben.

### Parlamentarisches.

Die heutigen Annahmen sind Wechselbälge und die Erklärungen von Ministerialräthen sind nichts als ein mit Rosen geschmücktes Todesurtheil des selbständigen Handwerkerstandes. Mit diesen kurzen aber vielfachen Sätzen, nahm gestern einer der bisherigen Führer der „Zünftler“, der Ehrenheimsermeister und Reichstags-Abgeordnete Wegner, von dem ganzen Schwindel Abschied, der bisher von gewisser Seite mit der sogenannten Handwerkerfrage getrieben wurde. Wechselbälge! Das ist die

richtige Bezeichnung für die Produkte der Adermann-Vieh'schen Gesehgebungskunst. Bravo Wegner! Endlich ist das richtige Wort gesprochen für den Hunsbub, der Jahre lang zum Zwecke des Stimmenfanges von Seiten der Herren Klerikal-Konservativen getrieben wurde. Daß es einer der Handwerkerführer selbst ist, der den Zunftgeschwindel so treffend charakterisirte, kann den Werth des Urtheiles natürlich nur erhöhen.

Aber auch nach einer anderen Seite brachte die Diskussion, welche sich an die Interpellation Dige anschloß, erwünschte Klarheit. Der gewesene Reichstagskanzler hielt es für angebracht, auch die Handwerkerfrage diplomatisch zu behandeln. Trotzdem der Befähigungsnachweis schon ein halbes Duzend Mal auf der Tagesordnung des Reichstages gestanden hat, so nied es die Regierung früher doch immer, in klarer und unzweideutiger Weise zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Spekulirend auf die Naivität der Anhänger des Viehl und der sonstigen Handwerkerheiligen, ließ die frühere Regierung die Frage der obligatorischen Annahmen und des Befähigungsnachweises immer in der Schwebe. Und die „Zünftler“ glaubten, was sie hofften. Mit diesem Spiel ist es endlich vorbei. Zwangsanordnungen und Befähigungsnachweise sind, das wurde heute vom Bundesraths-Tisch aus rückhaltlos erklärt, aufgegeben und gehören zu den parlamentarischen Töbten. Die Herren Adermann, Kleist-Negow und Dige, Viehl müssen sich ein neues Zunftrecht beschaffen, mit dem sie die Handwerker zu födern suchen. So leicht wird das den Herren freilich nicht werden. Aus der Rede des Abgeordneten Wegner klang der Groll über die bittere Enttäuschung jener Handwerkerkreise, welche bisher den Adermannen auf den Keim gedungen sind, in der unzweideutigen Weise hervor. Und draußen in den Handwerker-Veranstaltungen dürften die Gefühle, welche der Abgeordnete Wegner noch in den parlamentarischen Formen zum Ausdruck brachte, noch ganz anders deutlich werden. Die Zeiten, wo Handwerker thöricht genug waren, einem Adermann einen Fackelzug zu bringen, sie sind vorbei. — Besonders interessant war auch der Theil der Rede Wegners, welcher einen Beitrag zur Würdigung der Loyalität lieferte, welche von den „Zünftlern“ bisher so gerne zur Schau getragen wird. Der Staatsminister von Vöhter schloß seine Interpellations-Beantwortung damit, daß er der Hoffnung Ausdruck gab, der Handwerkerstand werde weiterhin, wie bisher, eine Stütze von Thron, Altar und der heutigen Gesellschaftsordnung bleiben. Diesen Wechsel alzeptirte Wegner nicht. Mit der Verweigerung der Forderung des Befähigungsnachweises, erklärte Wegner, geht die letzte Hoffnung der Handwerker auf die Rettung ihres Standes verloren. Möge dann aber die Regierung sehen, wo sie bleibe; die Handwerker, in ihren berechtigten Hoffnungen getäuscht, müßten dem Sozialismus seinen Lauf lassen und dieser führe direkt zum Sozialismus und in die kommunistische Gesellschaft. Also: Keinen Befähigungsnachweis — keine Loyalität mehr. — Schlimm ist ja diese Alternative gewiß nicht, sie bezeugt nur den Werth der Loyalitätsbetheuerungen jener Kreise überhaupt. Es gilt das Wort eben nicht nur für die Zünftler:

Und der König absolut  
Wenn er unsern Willen that.

Neben der Wegner'schen Rede verdienen nur die Ausführungen unserer Abgeordneten Grilbenberger und Bebel hervorzuheben zu werden. Vortiger zeigte Viehl, den Agitator für den Befähigungsnachweis, in der Praxis, indem er den unseren Lesern aus der Nr. 181 vom 9. Juni 1891 des „Vorwärts“ bekannten Brief des Pfarrers von Nuthors verlas, worin dieser sich über die Pfuscharbeiten Viehl's bitter beschwerte. Daß Viehl, der sich die schlechte Arbeit theuer hat bezahlen lassen, der selbst nichts gelernt und nie einen Befähigungsnachweis geliefert hat, trotzdem aber fünf verschiedene Geschäfte betreibt, die Schuld auf die Arbeiter zu schieben versucht und dieselben in der ordinärsten Weise verdächtigt, entspricht ganz den sonstigen Gewohnheiten dieses Herrn. Er kündigte eine Klärung an: nun, so viel wir wissen, ist nicht viel mehr klar zu stellen, es sei denn, daß vielleicht noch einige andere Geschäftspraktiken des Herrn Viehl in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken wären. Der Streit über die Korrektheit des Inhaltes des Protokolls von der großen Handwerker-Konferenz hat für die Nichtbetheiligten weniger Interesse. Schade ist nur, daß der Minister v. Vöhter es ablehnte, dieses interessante Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wie viel Widerstand wünschete. Nach einer sehr interessanten Rede Bebel's und nachdem aus Erklärungen Wegner's und vom Regierungstisch aus, sich noch ergab, daß dieser energische Vertreter der „Zünftler“ von der Theilnahme an der Handwerkerkonferenz durch seine eigenen Juntribüder ausgeschlossen worden war, schloß die interessante Verhandlung.

### Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl im 11. württembergischen Reichstags-Wahlkreise wurde folgendes Resultat erzielt. Es erhielten Stimmen

1891	1890
Demokrat Hartmann . . . 7850	Demokrat . . . . . 5798
Sozialdemokrat Nigler . . . 1290	Sozialdemokrat . . . 872
Klerikaler Niese . . . . . 902	Zentrum . . . . . 275
Nationalliberal . . . . .	Nationalliberaler 3022

Der demokratische Kandidat ist gewählt. Unsere Partei ist, wie man sieht, ganz erheblich gewachsen. Den größten Schmerz hat der Nationalliberalismus, der es diesmal nicht einmal zur Aufstellung eines Kandidaten brachte.

Ein wichtiges Reichsgerichts-Erkenntnis ist in Sachen der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“ ergangen. Am 27. Mai d. J. wurde deren Redakteur Berg vom Halberstädter Landgerichte zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt, weil er durch Abdruck des Artikels „Arbeiter, warum seid Ihr arm?“ Staatseinrichtungen verkannt haben sollte, indem dasselbst gesagt war, die Kräfte der Massen werde hervorgehoben durch die Vorrechte, welche der Reichthum (Privateigenthum) mit sich bringt. Dies sollte, wie das Halberstädter Landgericht annahm, unwar, und von Berg wider besseres Wissen verbreitet worden sein. Das Privateigenthum sei eine staatliche Einrichtung und deshalb Berg zu bestrafen. Gegen das Urtheil war von der Redaktion der „Sonntags-Zeitung“ ohne Mittheilung eines Rechtsanwalts Revision beim Reichsgericht erhoben und etwa sieben Gründe gegen das Urtheil angeführt worden. Unter anderen auch der, daß der Begriff des Privateigenthums an sich keine Staatseinrichtung sei, also auch nicht verächtlich gemacht werden könne. Das Reichsgericht hat sich dieser Anschauung angeschlossen, das Urtheil aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung an das Halberstädter Landgericht zurückverwiesen. Die Urtheilsbegründung lassen wir der Wichtigkeit wegen im Auszuge folgen: Der erste Richter erblickt in dem Privateigenthum eine gesellschaftliche Staatseinrichtung. Der Begriff der „Staatseinrichtungen“ steht keineswegs fest. Bei Veranlassung des Strafgesetzbuches wollte die Regierung auch die Einrichtung der Ehe, der Familie und des Eigenthums ausdrücklich gegen öffentliche Angriffe geschützt wissen und hatte solche Angriffe im Entwurf unter Strafe gestellt und dazu gesagt, daß gewisse Parteibefreiungen solcher geboten erscheinen lassen. Dieser Zusatz wurde aber vom Reichstage abgelehnt. Unter Staats-einrichtungen sind also solche zu verstehen, welche als Bestandtheile der Verfassung und der Verwaltung, durch welche der betreffende Staat sich einrichtet, angesehen werden müssen. Was dagegen

unabhängig vom Todein des speziellen Staates als Bestandtheil allgemeiner menschlicher Kulturzustände sich darstellt, kann nicht unter den Begriff der „Staatseinrichtung“ gestellt werden. Hieraus ergibt sich, daß die allgemeinen Rechtsinstitute der Ehe, der Familie und des Eigenthums nicht unter den Begriff der Staatseinrichtungen gebracht werden können. Dadurch, daß der Staat dieselben anerkennt und schützt, werden sie selbst noch nicht zu Einrichtungen des Staates.

Der erste Richter befindet sich sonach in einem Rechtswirrhum, wenn er das Privateigenthum für eine Einrichtung des preussischen Staates erklärt. Das Urtheil war daher aufzuheben, ohne daß es noch nöthig erschien, auf die weiteren zur Begründung der Revision vorgebrachten Beschwerden näher einzugehen.

In Götting in Anhalt wurden bei den Stadtverordneten-Wahlen die Parteigenossen August Gomerz und Karl Richter gewählt. — Die Vornburger Sozialdemokratie stellte zu den Stadtverordneten-Wahlen die Genossen Joh. Schimid, Rob. Strobel und Karl Wettig als Kandidaten auf.

Bromberg. Eine von circa 800 Personen besuchte Volksversammlung tagte am 16. November in dem prächtigen Knabe'schen Saale. Es war dies seit langer Zeit die erste Versammlung, da hier die Lokalabtheilung gegen und mit Hochdruck betrieben wird. Zu bemerken ist noch, daß hier in Bromberg die Honoration, an der Spitze der erste Bürgermeister, jeden Sonntag den Arbeitern auf ungefahr zwei Stunden ein Vergnügen bereiten. Das Lokal nun hatte man zur Verfügung gestellt, damit wir über das Wohlwollen jener Herren öffentlich Dank erhalten könnten. Es kam aber anders. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: Punkt 1: Die Sonntags-Nachmittagsfeste, welche den Arbeitern von Bromberg gegeben werden. Punkt 2: Die Lage des arbeitenden Volkes. Referent Hiesep-Berlin. Als Vorsitzender wurde Tischlergeselle G. Tech gewählt. Der Vertrauensmann Jech sprach über den ersten Theil der Tagesordnung und erörterte das längere das Gegenkommen der hohen Herren der Bourgeoisie, bemerkte jedoch, daß die Hoffnungen, deren Ausfluß die in Frage stehenden Feste seien, trotzdem nicht in Erfüllung gehen würden. Die Ueberzeugung für die gute Sache lasse sich dadurch Niemand rauben. Wir blieben trotzdem die Alten.

Eine Diskussion über die Ausführungen fand nicht statt. Charakteristisch für die Stimmung der Arbeiter über diese Feste ist jedoch, daß zu diesem Punkte eine Resolution entlieft des Inhalts, man solle beim Magistrat zu Bromberg dahin wirken, daß für den Ueberfluß, der durch die Sonntags-Unterhaltungsabende erzielt wird, für arme Familien Brot gekauft würde.

Es erhielt Johann Kiesel, Berlin das Wort zu seinem 11. ständigen Vortrage. Derselbe sprach über die allgemeine Lage des arbeitenden Volkes, sowie über das Programm der Sozialdemokratie und führte namentlich den Anwesenden die heute im Staate herrschenden Mißstände vor Augen, insbesondere die Schädlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise und die Nothwendigkeit der Einführung sozialistischer Produktionsweise klar auseinander legend. Mit großem Interesse folgten die zahlreich erschienenen Zuhörer den Ausführungen des Referenten und spendeten denselben lebhaften Beifall. Nachdem der erste Bürgermeister Herr Breike, früher in Altona, und eine große Anzahl Gegner anwesend waren und vom Referenten mehrere Male angefordert wurden, doch auch das Wort zu nehmen, wagte sich keiner der Herren hervor, was jedenfalls ein Beweis dafür gelten kann, daß sie in die Ueberzeugungskraft ihrer Argumente selber kein Vertrauen sehen. Eine Resolution im Sinne des Vortrages fand einstimmige Annahme. Mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander. Dasselbe ist von großer Wirkung gewesen.

Unsere Aufgabe wird es sein, für die Sache der Sozialdemokratie weiter zu arbeiten. Was uns möglich ist, werden wir thun.

Der höchste sächsische Gerichtshof, das Ober-Landesgericht zu Dresden, hat auf die Beschwerde eines Sozialdemokraten, dem die Polizei das Befehl, eine Geselbammung veranstalten zu dürfen, wie gewöhnlich abgeschlagen hatte, einen abweisenden Entscheid gegeben, was an sich nichts Neues sein würde. Neu ist nur die Begründung des Entscheides und zwar hinsichtlich der Behörde, von welcher sie gegeben wird. Das Ober-Landesgericht sagt nämlich:

„Es kann auch nicht behauptet werden, daß nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 31. Oktober 1878 dessen § 16 die Bestimmung enthält, daß das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge polizeilich zu verbieten sind, sogenannte Teller-sammlungen zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei nunmehr erlaubt seien. Denn der angezogene § 16 spricht nicht ein selbständiges Verbot solcher Sammlungen und Aufforderungen aus, sondern theilt nur den Polizeibehörden zum Erlaß eines solchen Verbots eine bindende Anweisung. Hierdurch wird aber anerkannt, daß der Erlaß derartiger Verbote schon in den allgemeinen Befugnissen der Sicherheits-Polizeibehörde liegt. Durch den Ablauf des Sozialistengesetzes ist nur jene bindende Anweisung weggefallen. Dagegen ist die Polizeibehörde auch jetzt noch berechtigt, aus eigener Entscheidung Geselbammungen zu sozialdemokratischen Zwecken zu verhindern, zu dem Ende aber das Erforderniß polizeilicher Genehmigung zur Veranstaltung öffentlicher Geselbammungen anzustellen und unter Umständen, welche darauf hinweisen, daß die Sammlung nur zur Förderung sozialdemokratischer Zwecke dienen solle, die Genehmigung zur Vornahme der Sammlung zu verweigern.“

In diesen Entschieden irgendwie Kritik zu üben, ist wahrlich überflüssig. Bemerket mag daher nur sein, daß die Forderung unseres Programms: Rechtforschung durch vom Volk gewählte Richter“ mit den sächsischen Verhältnissen am einkleinsten zu begründen ist.

Zustimmungs-Erklärungen zu den Parteitags-Beschlüssen. Osterleben, Borna (auch war man besonders einverstanden mit der bisherigen Haltung des Parteivorstandes und wünschte, daß derselbe seiner Pflicht auch ferner so nachkommen möge), Vornburg, Dessau, Rethen.

Aus Magdeburg ging uns telegraphisch die Nachricht zu, daß der Verleger der „Volksstimme“, Herr Wilhelm Mayer, am Dienstag verhaftet wurde. Ueber den Grund ist noch nichts bekannt.

In Stettin erhielten fünf Parteigenossen je ein Strafmandat von 15 Mark, weil sie in einer Versammlung ein festes Gutver erhoben hatten, ohne die polizeiliche Genehmigung eingeholt zu haben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, ebenso das Landgericht als Berufungsinstanz.

In Freiburg i. B. findet nächsten Sonntag der dritte badische Parteitag statt. Derselbe wird auch von den Parteigenossen aus Elßah-Kathringen besucht werden, da dieselben infolge der dortigen Polizei-Diktatur einen eigenen Parteitag nicht abhalten können.

Todtenliste der Partei. In Lambrecht (Wals) verstarb am 15. November der Parteigenosse J. Simon, 57 Jahre alt.

### Theater.

Mittwoch, 25. November.  
**Opernhaus.** Cavalleria rusticana.  
 Vorher: Doktor und Apotheker.  
**Schauspielhaus.** Die Jungfrau von Orléans.  
**Deutsches Theater.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Berliner Theater.** Der Hüttenbesitzer.  
**Lesing-Theater.** Satisfaktion.  
**Residenz-Theater.** Dr. Jojo. Vorher: Besuch nach der Hochzeit.  
**Wagner-Theater.** Immer zerstreut! Vorher: Nur drei Worte.  
**Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.** Die Waise.  
**Thomas-Theater.** Der Kunst-Bajazzo.  
**Abend-Theater.** Wesslaner.  
**Selbstkranke-Theater.** Jung-Deutschland zur See.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der große Prophet.  
**Alexanderplatz-Theater.** Schwarze Brüder.  
**Leopoldplatz.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eiskeller.** Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

### Theater der

**Reichshallen**  
**PAQUERETTE.**  
 Boxende Hunde.  
 Cee Mee. u. j. w. u. j. w.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
**Auftreten der Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzert- und Koupfänger.  
 Anfangsabend 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval, 3 Regalbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1169L

**Feen-Palast**  
 Burgstraße, neben der Börse.  
**Spezialität: Theater I. Ranges.**  
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Sonntags 6 1/2 " " 75 "

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungsmusik.**  
 Direktion J. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Audichant von Pakenhofer  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Passage-Panopticum**  
 und  
**Theater Variété**  
 I. Ranges  
 50 Pfennig.

**Prinzeß Pauline,**  
 die lebende Puppe in  
**Castan's Panopticum**  
 ohne  
**Extra-Entree.**  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Präuscher's anatomisches MUSEUM**  
 Kommandantenstr. 80-81.  
 Viel Neues tägl. von früh 9 b. Ab. 10 für erwachs. Herren.  
 Dienstag u. Freitag: Damentag.  
 Entree 50 Pf. Militär 25 Pf. 1142L

**Gesangverein (Sänger-Lust)**  
 sucht zur Stiftung stimmbegabte Herrn als Mitglieder. Mittwoch Abend von 9-10 Uhr, Restaurant, Langestr. 101.  
 107b Rühne.

**Verzinszimmer m. Piano** Wochentags u. Freitags nach frei. Woch. u. Vaterisch-Bierlokal, Grüner Weg 20.

### Circus Renz.

**Karlstraße.**  
 Mittwoch, den 25. November cr., Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland**, oder: Ebbe und Fluth. Große hydrof. Anstaltungs-Pantomime in 3 Akte. mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen u. Dampf-schiff- u. Bootfahrten, Wasserfällen, Riesen-Fontainen mit allerlei Lichteffekten u. arrangirt und inszenirt von Direktor E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Gensch. Johnson. Schlusstableau: Grand Fontaine Lumineuse, Niesfontaine, in einer Höhe von mehr denn 80 Fuß ausstrahlend.  
 Die Vorstellung eröffnet ein mittelalterliches Karoussel ger. v. Damen u. Herren mit einer Quadrille endigend.  
 Jeu de la rose ger. v. Fr. Clot Hager und Mlle. Theresina. Bal et Concert hippique, dargestellt durch 8 Schimmelhengste, dress. u. vorgef. v. Herrn Franz Renz. Schulpferd Johanner, ger. von Fr. Oceana Renz. Auftreten der der neu engag. Elton-Troupe, Sisters Lawrence a. S. Trapez. Mlle. Marie Chiarini, Pirouetten u. Pf. Mr. Adolf Delbosq. Saltomortale auf ungefalt. Pferde. Mr. Jules, Jockeyreiter. Romische Entrees v. Jännit. Clowns u. c.  
 Täglich: „Auf Helgoland“.  
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Auf vielseitiges Verlangen: „Die lustigen Heidelberger“.  
 Abds. 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“.  
 E. Renz, Direktor.

### Circus G. Schumann.

**Friedrich-Wilhelmsstr., Ecke Karlstr.**  
 Mittwoch, den 25. November cr., Abds. 7 1/2 Uhr: **Grosse ausserordentliche Vorstellung.** Aus dem reichhalt. Programm sind besonders hervorzuheben: 12 Rapphengste in Frei. dress. u. vorgef. v. Herrn Max Schumann. Mr. Victor Bedini als Sportman zu Pferde. Altdeutsche Quadrille ger. v. 6 Damen u. 6 Herren. Mr. Manzoni, Saltomortal-Reiter. „Adonis“, in der hohen Schule ger. v. Herrn Ernst Schumann. Der Löwe zu Pferde (Parodie) vorgef. v. Klown Tanti. Mr. Jos. Hodgini, Jongleur u. Pferde. Original-Schlangenspieler Hjalmar v. Bergh. Die Abfahrt v. Corps de ballet-Ball mit der Gepäc-Droschke Nr. 1001. (Höchst komisch.) Faust und Gretchen, vorgef. v. Herrn Ernst Schumann, u. Schl. Eine Rundreise in 50 Sekunden von den beiden Doggen Fritz und Babi. Romische Entrees der beliebt. Klowns Little Fred und Tanti. 3. Schlus der Vorstell.: Circus unter Wasser.  
**Ein Nacht in Venedig.**  
 Große höchst komische Original-Wasser-Pantomime mit sensationellen, noch nie gesehenen Licht- u. Wasser-Effekten. Großartig. Wasserfall, Niesfontaine, Wasser spielende Altpferde, Kranz um die Manege mit ca. 300 Wasserstrahlen.  
 Morgen: **Gr. Elite-Vorstellung** u. neuem Programm.  
**Ein ländliche Hochzeit.**

### Dritter Nachtrag zu dem Statut der Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe u. Berufsigen.

zu Berlin vom 1. Januar 1885.  
 Artikel 1.

An Stelle der §§ 1, 2, 26 (II. Nachtrag), 27 (I. Nachtrag), 48, 56 (I. Nachtrag) und 61 (II. Nachtrag) treten nachfolgende Bestimmungen:  
 § 1. Die Kasse führt fortan den Namen: Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe und Berufsigen zu Berlin.  
 Sie besteht für das Gewerbe der Goldschmiede und deren Berufsigen. Der Sitz der Kasse ist Berlin.  
 § 2. Abs. 3 des Paragraphen ist gestrichen.  
 § 26 (II. Nachtrag). Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:  
 1. Für erwachsene männliche Kassenmitglieder ausschließlich der Lehrlinge, 45 Pf.  
 2. Für erwachsene weibliche Kassenmitglieder 30 Pf.  
 3. Für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 21 Pf.  
 4. Für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren 15 Pf.  
 § 27 (I. Nachtrag). Die wöchentlichen Beiträge sind vierwöchentlich bis spätestens Ende jeden Monats an die Kasse von den Arbeitgebern in den Geschäftsstunden der Kasse abzuliefern. Kassenbeiträge, welche nach erfolgter einmaliger Mahnung, und innerhalb dreier Tage nach derselben nicht an die Kasse abgeliefert sind, werden einkaufend eingezogen.  
 § 48 (I. Nachtrag). Die Generalversammlung wird unter Angabe der Gegenstände der Verhandlungen, durch eine, wenigstens 8 Tage vorher durch das in § 61 bezeichnete Blatt zu erlassene Einladung berufen. Ordentliche Generalversammlungen finden statt: 1. im Oktober jeden Jahres zur Vornahme der Delegiertenwahl; 2. im November jeden Jahres zur Ausschuss für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres und zur Vornahme der erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand; 3. im April jeden Jahres zur Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres. Außerordentliche Generalversammlungen beruft der Vorstand nach Bedürfnis.  
 Die Berufung der Generalversammlung muß binnen zwei Wochen erfolgen, wenn der zehnte Theil ihrer Mitglieder darauf anträgt.  
 Die Gegenstände der Verhandlungen hat der Vorstand zu bestimmen, er muß unter dieselben alle Beschwerden, welche von Kassenmitgliedern oder Beitrag zahlenden Arbeitgebern gegen seine Verwaltung eingebracht werden, sowie alle Anträge, welche von mindestens zehn Mitgliedern der Generalversammlung schriftlich gestellt werden, aufnehmen.  
 § 56 (I. Nachtrag) ist vollständig gestrichen.  
 § 61 (II. Nachtrag). Alle die Kasse betreffenden Bekanntmachungen, insbesondere die Einladungen zur Wahl und Generalversammlungen, die Bekanntmachungen über Statutenänderungen, über Änderungen in der Höhe der Beiträge und Leistungen, in der Zusammensetzung des Vorstandes, sowie über die Melde- und Zahlstellen werden bis zu anderweitiger Beschlußnahme der Generalversammlung im Vorwärts, Berliner Volksblatt" erlassen.  
 Außerdem ist der Vorstand verpflichtet, die Einladungen zur Wahl und Generalversammlungen auf schriftlichem Wege mittelst Postkarten zu bewirken, doch bleibt diese Art der Einladung auf die Billigkeit der Wahl und Generalversammlungen ohne Einfluß.

Artikel 2.  
 Diese Bestimmungen treten mit dem Montage in Kraft, welcher der Woche folgt, in der der Beschluß des Bezirks-Ausschusses zu Berlin über die genehmigten Statuten-Abänderungen dem Vorstände der Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe und Berufsigen zu Berlin zugestellt sein wird.  
 Berlin, den 29. August 1881.  
 Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe und Berufsigen zu Berlin.

H. Faber, Vorsitzender.  
 P. Train, 2. Vorsitzender.  
 E. Davidhäuser, Schriftführer.  
 H. Weidner.  
 C. Lützow.  
 A. Christoph.  
 M. Küntzel.  
 P. Zeuge.  
 Vorsitzender Nachtrag wird hierdurch genehmigt.  
 Berlin, den 27. Oktober 1881.  
 (L. S.) Der Bezirksauschuss zu Berlin.  
 gez.: Name unleserlich.

Gleichzeitig machen wir die Herren Delegierten unserer Kasse nochmals auf die am 28. November, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, im Gartensalon stattfindende Generalversammlung aufmerksam.  
 Der Vorstand. H. Faber, Vorsitzender.

**Fachverein der Tischler (Süd-Ost).**  
 Donnerstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus „Jüd. Ost“, Waldemarstr. 75:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Koblenzer über: „Die französische Revolution“.  
 2. Diskussion. 3. Geschäftsliches. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
 Der Bevollmächtigte.  
**Meerschaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.**  
 Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippsadeln, Manschettenknöpfen, Stöden und Brochen. Süßen. En gros. En détail.  
 B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.

**Achtung!**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Am Mittwoch, den 25. November 1891, Abends 8 Uhr, im Lokale von Scheffer, Inselstraße Nr. 10:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag über: „Einige soziale Streitfragen“. Referent Dr. Friedländer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Die Mitglieder werden ersucht, die rückständigen Beiträge möglichst in dieser Versammlung zu entrichten, andernfalls wir genöthigt sind, die Säumnigen in die Listen zu streichen.  
 Gleichzeitig machen wir die Genossen auf das am 5. Dezember bei Orshel, Sebastianstraße, stattfindende Familienkränzchen aufmerksam. Billets sind in der Versammlung, sowie in folgenden Zahlstellen zu haben: Salzweil, Klosterstr. 83; Bernau, Neue Friedrich- und Rosenstraße 84; Oberwasserstraße 12, im Restaurant.  
 Der Vorstand.

**Mechaniker!**  
 Montag, den 30. Novbr., Abds. 8 Uhr, in Feuerstein's unterem Saal, Alte Jakobstr. 75:  
**Öffentliche Versammlung aller Mechaniker Berlins.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über den Frankfurter Mechanikertag. Referent Kollege M. Schönemann. 2. Diskussion und Stellungnahme zu Vorstehendem. 3. Bericht der Revisionskommission über die Sammlungen zum Generalfonds. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten Teller-sammlung.  
 Die Revisionskommission.  
 Die Kollegen, welche im Besitz von Sammellisten, sowie Diejenigen, welche bei den Sammlungen zum Generalfonds u. s. w. theilhaftig sind und bis heute nicht abgerechnet haben, werden in ihrem Interesse ersucht, am Freitag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr, beim Kollegen D. Spick, Bienenstraße 17, 2 Tr., zu erscheinen und ihre Kontos zu regeln.  
 Die Revisionskommission.

Empfehle den Parteigenossen meine  
**Glaserei, Spiegel- und Bilder-Einrahmung.**  
 Lager von Bildern bewährter Volksmänner. Sinnsprüche in sauberster Ausführung.  
**Spezialität: Neu! Lassalle und Marx. Neu!**  
 Nach Original auf Kupferdruckpapier. Größe 52 X 42 cm., besonders empfehlenswerth, à Stück 1,25 M. — Den Vorständen der Gewerkschaften und Fachvereine empfehle ich mich zur Versorgung von Bildern. Nach auswärts brieflich gegen Nachnahme. Wiederverkäufern Rabatt.  
 1449L. Carl Scholz, Wrangelstraße 32.

**Kathreiner's Aneipp-Malz-Kaffee**  
 (Malz mit Kaffeegeschmack),  
 bester und billigster Ersatz für Bohnen-Kaffee; vortheilhaftester Zusatz zum Bohnenkaffee.  
 Herzlichste Empfehlung für Kinder, Starke, Blutsüchtige und Nervenkranke.  
 General-Vertreter: F. Balle, Kronenstraße 12/13.  
 Im Café de l'Europe, Spittelmarkt, Leipzigerstr.-Ecke, wird bis auf Weiteres neben dem bisherigen reinen Bohnenkaffee  
**Malzkaffee und Bohnenkaffee**  
 halb und halb gemischt  
 in besonderen Tassen  
 nur von Morgens 9 bis 1 Uhr  
 verabreicht werden. 894M

**Musikinstrumente.**  
 Größtes Lager in allen Streich-, Schlag- und Blasinstrumenten, Harmonikas, sowie alle Musikwerke zum Drehen und selbstspielend vom kleinsten bis zum größten. 1570L.  
 Speziallager in Zithern und Zithernoten.  
 Beim Laden. Theilzahlung gestattet.  
**Aug. Kessler,**  
 51, Lausitzerstr. 51,  
 zwischen Wienerstraße und Lauscherplatz.

**Feste Preise.**  
 Von Mark 29 an  
 liefert reelle  
**Winter-Paletots**  
 in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.  
**J. Baruch,** Oranienstraße 143.  
 zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.  
**Feste Preise.**

**Landwolle,**  
 reine Schafwolle, garantiert nicht einlaufend, Schock 25 Pf., und allein zu haben bei  
**R. Stock,** 119 Wrangelstraße 119, gegenüber der Markthalle.  
 Dompfaffen 2, 25, Stieglitz, Hänflinge  
 1 M. Alle Arten billig. Stralauerplatz 21.  
 Alte Stiefel für Herren, Damen und Kinder reell und billig  
 Lauben, Meerschweinchen, Kaninchen. 82b  
 Stallschreiberstr. 6.  
 2018

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom 24. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Büttcher, von Herzog.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der von dem Abg. Hise u. Gen. eingebrachten Interpellation: „An den Herrn Reichskanzler erlauben sich die Unterzeichneten folgende Anfrage zu richten: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, dem Reichstage mitzutheilen, ob und welche gesetzgeberischen Maßnahmen an die Innungen, Verleihung der Korporationsrechte und des Allgemeinen deutschen Handwerkbundes in München und des verbündeten Regierungen zur Hebung des Handwerkerstandes beabsichtigt sind?“

Staatssekretär von Büttcher erklärt, daß er bereit sei, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Hise (Zentr.): Das Gesetz von 1881 bezüglich der Innungen hat keine erhebliche Wirkung gehabt, schon deshalb nicht, weil die Behörden Mißvergügen begegnet sind. Man hat es dann mit anderen Dingen verwechselt, mit der Verleihung von Privilegien an die Innungen, Verleihung der Korporationsrechte an die Innungsverbände. Aber auch dieser Versuch ist gescheitert. Besonders wird es bemängelt, daß diese Privilegien von dem Gemessen der Aufsichtsbehörde abhängig sind. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Handwerker dabei beteiligt sein möchten; der Reichstag hat beschlossen, den Befähigungsnachweis einzuführen. Aber die Hoffnung auf Genehmigung dieses Gesetzes ist nicht in Erfüllung gegangen. Es geht diesem Gesetz ebenso, wie dem Arbeiterrecht-Gesetz, welches auch erst noch allerlei Mißgeschicken zum Gesetz geworden ist. Wenn die Regierung andere Wege vorschlagen will, so werden wir ihr folgen; aber wenn sie zurückhält, werden wir unsere eigenen Wege weiter verfolgen, namentlich eine Organisation des Handwerks und eine Hebung des Lehrlings- und Gesellenwesens. Der deutsche Handwerkerstand, in welchem eine bittere Stimmung Platz genommen hat, sieht mit Spannung der Erklärung der Regierung entgegen. (Beifall.)

Staatssekretär v. Büttcher: Die Interpellanten und der deutsche Handwerkerstand wollen darüber unterrichtet sein, was bei der Handwerkerkonferenz herausgekommen ist. Ich kann zunächst sagen, daß die verbündeten Regierungen zu den Fragen, welche in dieser Konferenz behandelt sind, noch keine Stellung genommen haben; damit ist aber nicht gesagt, daß die Ergebnisse dieser Konferenz nicht bereits begonnen haben, fruchtbar zu werden. Als die Vertreter des sogenannten organisierten Handwerks, der Vorstand des Zentralausschusses der Innungsverbände und des Deutschen Handwerkbundes in München, sich an den Kaiser gemeldet hatten um Einsetzung eines Immediatausschusses zur Untersuchung der Lage des Handwerks, geruhete Er. Majestät, den Bericht des Reichskanzlers und des preussischen Handelsministers zu erfordern. Wir konnten dem Antrage in der gewählten Form nicht das Wort reden, weil wir von einer solchen Immediatkommission eine wesentliche Förderung dieser Angelegenheit nicht erwarten dürften; wir mußten befürchten, daß die in Betracht kommenden Interessen nur vom Standpunkt des Handwerks aus gewürdigt werden würden. Wir haben aber, wie ich glaube, zur vollen Befriedigung der Petenten, empfohlen, daß sich Vertreter des Handwerks und der Regierung gegenseitig aussprechen sollen. Die laut gewordenen Wünsche haben gründliche Erwägungen erfahren; wenn die Wünsche nicht neu waren (Sehr wahr! links), so haben sich die Handwerker überzeugt, daß ein Theil ihrer Wünsche überhaupt nicht oder nicht in der vorgebrachten Form erfüllt werden können. Diese Wünsche zerfallen in 3 Gruppen: Die erste Gruppe kann auf dem Verwaltungsweg ihre Befriedigung finden, ohne die Gesetzgebung in Anspruch zu nehmen. Die zweite Gruppe kann überhaupt nicht oder nicht in der vorgebrachten Form verwirklicht werden; die dritte Gruppe kann im Wege der Gesetzgebung befriedigt werden und wird befriedigt werden. Der Handelsminister und ich sind in Verbindung darüber getreten, welchen Wünschen wir näher zu treten im Stande sind. Wir haben Sr. Majestät dem Kaiser unsere Meinung ausgesprochen; wir sind darauf ermächtigt worden im Sinne unserer Anschauungen weiter vorzugehen und haben auch bereits die ersten Schritte in dieser Beziehung gethan. Zur ersten Gruppe gehört die Regelung des Verhältnisses der Konsumvereine, der Gefängnisarbeit und des Kommisweseus.

Der Vertreter des Reichskanzlers habe ich den verbündeten Regierungen an das Herz gelegt, daß sie in eine Prüfung darüber eintreten möchten, ob nicht die Wünsche bezüglich dieser drei Punkte erfüllt werden könnten. Ich habe empfohlen, daß man sich den Konsumvereinen gegenüber vollständig neutral stellen möge. Die Regelung der Gefängnisarbeit liegt auf dem Gebiete der Landesverwaltung; ich habe die Prüfung der Beschwerden der Handwerker empfohlen und um Abhilfe gebeten. Zu den Wünschen, deren Erfüllung jetzt schon möglich ist, gehört die Regelung der Verhältnisse der Abzahlungsgeschäfte; darüber sprechen wir Ihnen der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes mitgetheilt hat, Verhandlungen. Die Einschränkung des Hausirhandels ist durch die Gewerbe-Ordinanz-Novelle angebahnt. Ueber die Auswüchse des Hausirhandels und seine Eingriffe in die berechtigten Interessen des stehenden Gewerbes sind Erklärungen veranlaßt, die dem Abschluß nahe sind. Die Verleihung der Korporationsrechte an die Innungsausschüsse wird nachher auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen können. Bezüglich der Innungsprivilegien des § 100 a wird geprüft werden, ob eine Aenderung eintreten kann. Bezüglich der Aushebung der Unfallversicherung auf das Handwerk liegen organisierte Schwierigkeiten vor; die Schwierigkeiten sind zum Theil schon überwunden; die Grundzüge für eine solche Ausdehnung sind fertiggestellt und werden demnächst besprochen. Nahezu unmöglich nach meiner und meines preussischen Kollegen Meinung ist die Einführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innungen. Die verbündeten Regierungen haben darüber noch keine Beschlüsse gefaßt. In einem Rundschreiben sind die Gutachten eingefordert worden, aber die Regierungen haben erklärt, daß sie sich nicht für den Befähigungsnachweis erwärmen können. Ich könnte mich darauf einlassen, die Gründe zu entwickeln, welche unsere Auffassung stützen. Wenn diese Auffassung ist nur die zweier Meistereiherren; sie würde nicht maßgebend sein für die Meinung der Regierung. Aber da das Gegen und für gründlich hier im Reichstage erörtert worden ist, und da auch in der Handwerkerkonferenz die Gründe gegen den Befähigungsnachweis als berechtigt anerkannt sind (Widerpruch des Abg. Hise) so will ich nicht weiter darauf eingehen.

Ich kann Ihnen mittheilen, daß wir den berechtigten Klagen des Handwerks bezüglich des Lehrlingswesens und bezüglich der wirksamen Vertretung des Handwerks Abhilfe schaffen wollen durch die Organisation des gesamten Handwerks durch Einrichtung von Handwerker- oder Gewerkeklammern. Die nähere Ausführung dieses Gedankens kann ich Ihnen heute noch nicht entwickeln; meine persönlichen Anschauungen dürften auch für Sie von keiner erheblichen Bedeutung sein. Darüber sind wir nicht im Zweifel, wenn wir zu einer solchen Organisation

kommen — was hoffentlich von keiner Partei Widerspruch finden wird —, so wird dadurch die wirksamste und legitimste Vertretung der Interessen des Handwerks geschaffen werden, und die Klagen, welche berechtigterweise zu erheben sind, werden auf diese Weise eine objektive Prüfung erfahren können. Ich beklage, daß die Handwerker der Meinung sind, sie fänden bei der Regierung keine genügende Berücksichtigung. Ich bitte sich gegenwärtig zu halten, daß in der Lösung dieser Fragen große Schwierigkeiten liegen; ich darf mich bloß auf die in diesem Hause bestehenden Gegensätze berufen. Die Frage ist keine einseitige; es müssen dabei auch andere Dinge im Auge behalten werden, namentlich auch die Interessen der Großindustrie.

Diese Gegensätze aufzulösen ist die Aufgabe der Regierung. Wenn wir zu einer Organisation des Handwerks kommen werden, dann hoffe ich, daß das Handwerk weiter eine Stütze für Thron und Altar sein wird, daß es sich nicht zur Sozialdemokratie neigt, daß dann auch der goldene Boden ihm erhalten bleibt. (Beifall rechts und im Centrum.)

Auf den Antrag des Abg. Viehl (Zentr.), der von allen Parteien unterstützt wird, tritt der Reichstag in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Hartmann (L.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß eine ganze Reihe von Wünschen der Handwerker, welche die Konsumativen mit dem Centrum zusammen immer als berechtigt und berücksichtigenswerth betrachtet haben, erfüllt werden sollen; er bedauert, daß der vom Reichstage beschlossene Befähigungsnachweis keine Gnade finde; die Parteien, welche ihn vertreten haben, werden sich überlegen müssen, was sie später thun werden. Für den Arbeiterstand ist das Programm der kaiserlichen Botschaft schon zum großen Theil erfüllt; dem Handwerkerstand sind Positionen für die Arbeiter ausgesetzt worden, aber es fehlt ihm die Organisation, welche hoffentlich bald den Reichstag beschäftigen wird.

Abg. Ebertz (Drs.) erklärt die Uebereinstimmung der Forderungen mit der ablehnenden Haltung der Regierung bezüglich des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innungen und die Befriedigung darüber, daß noch den Auslassungen des Staatssekretärs v. Büttcher kein einzelner Stand besonders bevorzugt werden soll. Auf die gesetzgeberischen Absichten der Zukunft, die noch nicht einmal die ersten Stadien überschritten haben, geht Redner nicht ein; aber er könne schon erklären, daß eine Organisation des Handwerks, wenn sie obrigkeitliche Rechte ausüben und gar an die Stelle der Gemeinden treten soll, nicht billigen könne. (Hört! im Centrum.) Daß die Lehrlinge besser ausbildet werden, dafür sorgen auch jetzt schon die Gemeinden, z. B. Berlin, mit großen Opfern; aber gesetzgeberische Maßregeln, welche einer Minderheit Vorrechte geben wollen, helfen dabei nicht; sie bringen nur Haber und Streit und eine Beschränkung der Mehrheit, wie die Thatsachen beweisen. Bedauerlich ist, daß die Handwerkerkonferenz hinter verschlossenen Thüren geistert hat und daß die Ränker gehört worden sind. Der goldene Boden des Handwerks ist noch vorhanden, wenn man vom Staat sehr wenig und von sich sehr viel erwartet und nicht umgekehrt. Wenn den Ausschüssen der Innungsverbände Korporationsrechte verliehen werden, werden hoffentlich auch andere Berufsvereine damit bedacht. Bezüglich des Hausirhandels ahnt mir nichts Gutes. Wir freuen uns, daß die Fragen aus sich heraus und nicht nach politischen Rücksichten behandelt werden sollen. Im Uebrigen werden wir abwarten. (Beifall.)

Staatssekretär v. Büttcher: Die Konferenz ist nicht von der Regierung berufen worden, um eine Untersuchung anzustellen; es handelt sich nur um eine Aussprache gewisser Petenten. Wenn Herr Ebertz auch einmal Wünsche hat und nicht recht weiß, wohin sie gehen, werden wir uns auch mit ihm darüber aussprechen. (Heiterkeit.)

Abg. Viehl (Z.): Wenn Herr Ebertz mit der Antwort der Regierung zufrieden ist, dann scheue ich mich fast, meine Zufriedenheit anzusprechen; die Handwerker sind mit den Anschauungen und der Thätigkeit des Herrn Ebertz nicht sehr zufrieden. (Zuruf links: Doch nur Hünstler!) Ueber die Heimlichkeit der Konferenz mag sich Herr Ebertz beruhigen. Wir haben Geheimniß beobachtet, weil die Sache nicht bekannt werden sollte, ehe das Protokoll Sr. Maj. dem Kaiser vorgelegt worden sei. Wir wollten nicht den Zeitungschreibern, welche uns bis in die Sitzungssäle hinein verfolgt haben, vorher etwas mittheilen. Sie berichten nachher doch das Gegenheil in den Blättern. (Heiterkeit.) Uebrigens liegt alles, was geheim gehalten wird, in dem Protokoll vor, wenn auch nicht immer ganz richtig. (Große Heiterkeit.) Denn es hat sich keiner von uns dahin ausgesprochen, daß er den Befähigungsnachweis und die obligatorischen Innungen für unmöglich halte. Die Organisation, welche kommen soll, wollen wir uns erst ansehen; wenn sie nach Herrn Ebertz's Anschauungen ausfällt, dürfte sie uns nicht gefallen. Redner spricht seine Befriedigung aus über die in Aussicht gestellte Erfüllung gewisser Wünsche und hofft, daß die Organisation der Handwerkerklammern eine wirkliche Vertretung des Handwerks schaffen wird, daß die bestehenden Innungen dabei ihren Platz behalten. Denn die Innungen sind ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie.

Staatssekretär v. Büttcher: Ich halte Befähigungsnachweis und obligatorische Innungen für undurchführbar; in der Konferenz ist nur festgestellt worden, daß der Befähigungsnachweis nach dem österreichischen Muster und nach dem Antrage Ackermann-Viehl unmöglich sei; selbst Herr Viehl habe das anerkannt.

Abg. Viehl: Ich habe das nur bezüglich des österreichischen Befähigungsnachweises anerkannt.

Abg. Grillenberger (Soj.): Nach der Rede des Abg. Hise scheinen die Erwartungen der Herren von der Zukunft, die sich so gern das organisierte Handwerk nennen, bedeutend gegen früher zurückgeschraubt zu sein. Auch die Ausführungen auf dem letzten bayerischen Handwerkerkongresse deuteten schon darauf hin. Ebenso beweist der Ausdruck des Dankes für die Erklärungen des Staatssekretärs, wie bescheiden die Herren geworden sind. Das ist für weite Kreise des Handwerks sehr erfreulich. Die Herren Hise, Viehl u. sind nicht die alleinigen Vertreter des deutschen Handwerks. Die heutigen Verhandlungen werden an dem Großen des deutschen Handwerks ebenso spurlos vorübergehen, wie die bisherigen. Die Herren verfolgen nur parteipolitische Zwecke. (Widerpruch rechts und im Centrum.) Die bisherigen Gesetze für das Handwerk haben den erwarteten Nutzen nicht gehabt, und deshalb wollen Sie die obligatorischen Innungen haben. Die Herren haben immer das Ohr der Regierung gehabt, während die Arbeitervereine stets an ihrer Thätigkeit gehindert werden. Die berechtigten Klagen der Arbeiter haben Sie immer im Sinne der politischen Reaktion niedergestimmt. Reichlich ist man aber durchaus nicht, die Reider findet man gerade in den Reihen jener Herren im Centrum und rechts. Die Einschränkung der Zuchtshausarbeit ist allerdings auch eine alte sozialdemokratische Forderung, aber doch würde die Beschränkung auf den Armeebestand nur den mit freien Arbeitern arbeitenden Unternehmern die Armeeküchle entziehen. Bei einer Besserung der Zustände im Submissionswesen könnten die Innungen selbst das Meiste schaffen, wenn Solidarität unter ihnen wäre, aber das ist eben nicht der Fall. (Sehr wahr! links.) Die Innungen müßten als solche substituieren, darauf achten, daß nicht heruntergedrückt wird und Mann für Mann

ohne Ausschluß auch nur eines Einzelnen die Arbeit unter sich vertheilen. Thatsächlich aber sind die Großen unter den Handwerksmeistern vermöge unserer ganzen heutigen Produktionsordnung darauf aus, sich zu großkapitalistischen Betrieben zu entwickeln, sie unterdrücken dadurch die Kleinen ebenso wie die Fabrikanten, Juden u. s. w. Es angeblich thun, worüber sie sich so sehr entküstern. Ueber die Abzahlungsgeschäfte und deren Schäden hat Herr Viehl seine lebhafteste Enttäuschung ausgesprochen. Alles richtig; aber das beweist nur, daß die große Masse des Volkes heute zu Tage nicht mehr kaufkräftig genug ist, um die Waaren durch Baarzahlung bezahlen zu können, sie ist auf den Borg durch unsere Art der Lohnzahlung u. s. w. geradezu angewiesen; sie ist gezwungen, in diese Geschäfte zu gehen und sich dort über's Ohr hauen zu lassen — wenn auch nicht alle Geschäfte unrecht sind, die meisten müssen ja für die Ausfälle die sicheren Kunden mitbezahlen lassen. Die Gesetzgebung kann vielleicht den, der einen noch nicht voll abbezahlten Gegenstand vorrätend oder verkauft, wegen Betruges bestrafen lassen, weiter nichts. Damit ist aber nichts gebessert. Dann kamen die Hausirer an die Reihe, weniger den Hausirern auf dem Lande, als den Handlungsvreisenden, die sich aufs Hausiren verlegen, will man zu Liebe. Ich gebe zu, es wird auch auf diesem Gebiete ein kolossaler Unfug getrieben; aber auch hier ist es Thatsache, daß die großen Fabrikgeschäfte durch die ganze Misere der Zeit gezwungen sind, alle möglichen Absatzgebiete aufsuchen zu lassen (Widerpruch rechts); die Unterkonsumtion des Volkes ist so groß, die Konkurrenz so erbärmlich, daß die Leute nicht mehr wissen, wohin mit den Waaren, daß ihre Kleinden nicht mehr zu den Zwischenhändlern allein gehen, sondern sich thatsächlich zu Hausirern degradieren lassen. Was aber hat das viel mit der Innungsfrage zu thun? Es handelt sich da gar nicht um handwerkstümlich erzeugte Waaren, sondern um Fabrikwaare, deren Vertrieb wohl den mittleren Handlungsgeschäften, den Kleinstkäufern, nicht aber den Innungsmeistern zum Schaden gereichen kann. Jetzt klagt man über Mißstände im Lehrlingswesen; aber weshalb hat man denn bei der Gewerbeordnungs-Novelle alle unsere Anträge, welche das Lehrlingswesen einschränken wollten, abgesehen? Gerade die Freunde der Innungen haben alle diese Anträge niedergebremst und damit dem Kleinen Spießbürger die Lehrlingszüchterei und Lehrlingsausbeuterei in schlimmster Form weiter ermöglicht. In den handwerkstümlichen Betrieben sind eine Anzahl von Lehrlingen vorhanden, die nichts lernen, die bloß ausgebeutet werden, nachher aber das Hauptkontingent zu den Ränkern stellen. Diese gehen gerade aus den ästhetischen Werthstätten hervor, weil ihre Meister sie nichts lehren konnten, da sie meistens selber nichts gelernt haben. (Widerpruch.) Diejenigen, die jetzt so sehr nach dem Befähigungsnachweis schreien, möchten doch schlechtes bestehen, wenn sie ihn auf Grund thätigkeitsvoller Kraft des betreffenden Gesetzes nochmals erbringen müßten. Ich exemplifizire auf den Kollegen Viehl. Er ist Gippsformator, auch Stuckateur, Bildhauer, seit einigen Jahren auch Vergolder und Maler, letzteres zum großen Kerger seines Fraktionskollegen und Genossen Haberland. (Heiterkeit.) Alle diese fünf Geschäfte betreibt Herr Viehl nicht handwerkstümlich, sondern in vollständig ausgebildeter großkapitalistischer Weise. In dieser Eigenschaft auch fünfjähriger Handwerksmeister hat er vor zwei Jahren in einer Gemeinde Nußdorf in Bayern die Reparatur des Hochaltars der Kirche übernommen und die Angelien daran in wunderschöner Weise vergolddet. Da hat sich denn bald herausgestellt, daß man nicht fünferei Handwerk zugleich betreiben kann, wenn nicht für jedes der Befähigungsnachweise erbracht ist. In einem Münchener Blatt seiner Farbe tauchte die Nachricht auf, daß die Vergolderarbeit nicht nach dem Geschmack der Besteller ausgefallen sei. (Abg. Viehl: Ist ja Alles gelogen!) Wenn der Abg. Viehl mir das Wort „gelogen“ jurist (Vizepräsident Baumbach bemerkt, daß seiner Auffassung nach der Zwischenruf sich nicht auf den Redner bezogen hat), so muß ich auf den Brief des betreffenden Geistlichen Bezug nehmen. Ich habe den Wortlaut hier. Es heißt darin, daß Herr Viehl für die Reparatur 2500 M. erhalten und Garantie für zehn Jahre, ja für sein ganzes Leben zu leisten bereit war. Nach einem Jahre schon habe sich die Vergoldung losgetrennt, während Viehl versichert hätte, es werde sich nichts lösen. Bei einem Besuche, als er die zweite Rate des Geldes in Empfang nahm, versprach er, den Schaden ausbessern zu lassen, das sei aber bis zur Stunde nicht geschehen. Seine Herrkinder seien gar brave Leute, aber daß die Vergoldung des Hochaltars nicht halte, schmerze sie tief. (Heiterkeit.) Das ausgestellte Zeugniß für gute Arbeit habe nun gar keinen Werth mehr, für das Geld hätte Besseres geleistet werden können. (Große Heiterkeit.) — So geht's, wenn man zu viele Geschäfte auf einmal betreibt. Herr Viehl hat ja die Arbeit wohl nicht selbst gemacht, ist aber doch für die Ausführung verantwortlich. Durch solche Mißerfolge diskreditiren Sie Ihre Forderung gar zu sehr, lassen Sie also lieber davon ab. — Wenn die Regierung jetzt endlich das Unfallgesetz auf das Handwerk ausdehnen will, so ist das trotz der Mängel dieses Gesetzes ein kleiner, von uns längst geforderter Fortschritt, mag man ihn jetzt auch als Erfolg der Agitation der Ränker anpreisen. Was die Korporationsrechte und die Organisation betrifft — ich halte Viehl's für eng zusammenhängend —, so bin ich mit dem Abg. Ebertz einverstanden, daß es sehr auf das Aussehen der bezüglichen Vorlagen ankommt. Die Verleihung der Korporationsrechte an die heutigen Innungen würde ein Novum in unserer Verwaltung sein, welches solchen rein politischen Organisationen gegenüber gar nicht zu verantworten sein würde, wenn nicht Zug um Zug auch den Fachvereinen dieselben Rechte verliehen würden. (Zwischenruf: Man wird sich hüten!) Diese Stimmung wird allerdings in jenen Kreisen vorherrschend sein; die Agitation dafür wird dann aber um so kräftiger geführt werden. Was das Protokoll besagt, scheint mir nach der heutigen Haltung des Herrn Viehl und seiner Haltung nach der Handwerkerkonferenz überhaupt richtig zu sein. Wir halten Befähigungsnachweis und obligatorische Innungen für überhaupt unmöglich. Auch in Oesterreich wünscht man in den Handwerkerkreisen nichts fehnlicher als den Nachweis wieder los zu werden, und so würde es auch bei uns kommen. Den Sozialdemokraten wird immer vorgeworfen, sie wollten das Handwerk vernichten, deshalb seien sie gegen die Organisation des Handwerks. Das fällt uns gar nicht ein, wir haben das auch gar nicht nötig, das befragt das Großkapital, die Gesetzgebung, die ganze Stimmung der Zeit, und die Herren von der Innung tragen mit ihrer Kurzsichtigkeit das übrige dazu bei. Wie konstatiren Mos die Thatsache, daß das kleinere und mittlere Handwerk gegen das Kapital nicht mehr aufkommen kann, und je mehr Experimente Sie machen, desto mehr wird sich, wie schon an sämtlichen Innungsgesetzen seit 1881, die Nichtigkeit dieser Auffassung erweisen. Mit derartigen Schändheitsplakaten ist dem Handwerk eben nicht zu helfen. Diese Palliativmitteln führen nur desto rascher zur Abwärtsentwicklung der Zukunft. Herr v. Büttcher hat in schwungvollen Worten die Hoffnung ausgesprochen, daß durch alle diese Mittel dem Handwerk der goldene Boden und das Handwerk selbst als eine Säule, eine Stütze der Monarchie, des Thrones und des Vaterlandes, und wie die schönen Schlagworte alle heißen, erhalten bleiben wird, mit einem Worte, daß das





# Veranstaltungen.

**Der Vorstand der Freien Vereinigung der Graveure, Fiselere und Berufsgeoffenen** ersucht und mittheilt, daß der Bericht in Nr. 273 insofern etwas ungenau ist, als man nicht sämtlichen sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ den Verein zu Vorträgen versperrt, sondern nur denjenigen, welche Verleumdungen und Beleidigungen ausstreuen, ohne solche beweisen zu können. Ferner wurde nicht den ausgefertigten Handbücher, sondern den Weißgebern 20 Mark bewilligt; den Handbuchmachern wurde dann noch die betreffende Unterstützung zugesagt.

**In einer öffentlichen Bildhauer-Verammlung** hielt am 23. November Herr W. Bach einen Vortrag über das Thema: „Die Entwicklung des Sozialismus“, welcher mit Beifall angenommen wurde. Daraus ging man zu dem Punkte: „Stellungnahme zu den 10 Pfennig-Beiträgen“ über und beschloß nach kurzer Diskussion, der ungünstigen Konjunktur halber diese Sammlung einzustellen. Weiter wurde beschlossen, aus dem Fonds, welche durch diese Werksammlung gebildet wurde und noch circa 400 M. aufweist, 50 M. den streikenden Buchdruckern, 20 M. den streikenden Weißgebern und 25 M. den streikenden Handbuchmachern zu bewilligen, ferner von nun ab die Sammelkommission der Berliner Streik-Kontrollkommission im Bildhauer-Gewerk zu vertreten. Hiernach wurde Kollege Steiger zum Revisor gewählt. Aus einer Ergänzungswahl zur Agitationskommission, aus welcher Kollege Seidel ausschied und ein anderes Mitglied schon vor längerer Zeit ausgeschieden ist, gingen die Kollegen Geier und Krüger als neue Mitglieder der Kommission hervor. Unter „Verschiedenen“ sollte der Organisationsentwurf des Magistrats für ein Gewerbegericht in Berlin besprochen werden, es wurde aber der vorgezogenen Zeit wegen die Durchsicht desselben den Kollegen Slagig, Koswicz, Meier, König und Dupont übertragen und diese verpflichtet, dem Magistrat etwaige Mängel zu bezeichnen und Wünsche um Abänderung zusammen zu fassen. Bemerkenswertes stand dann nicht mehr zur Verhandlung.

**Verein Ant-Jak.** Mittwoch, den 25. November: Sitzung bei Gelarich, 12. Silesierstr. 61.

**Verein „Stenographenschule“.** Donnerstag, den 26. November, Abends von 8 bis 10 Uhr. Abendstunden für alle Abtheilungen des Vereins im Restaurant „König“, Cranienstr. 122. Große und willkommen.

**Kelchklub „Heiter“.** Jeden Mittwoch vor dem 7. und 15. des Monats: Willkommener Empfang. Große und willkommen.

**Wahlkreis für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Central-Berathung am Mittwoch, den 25. November, Abends 8 Uhr, bei Schäfer, Hofstr. 19. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Tr. Fribländer.

**Sozialdemokratischer Wahlverein im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Generalversammlung am Mittwoch, den 25. November, Abends 8 Uhr, bei Schäfer, Hofstr. 19. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Vereinsangelegenheiten, 4. Vortrag von Neumann, welche im Verein eines Mitgliedschaftes sind, haben Zutritt.

**Sozialdemokratischer Kegel- und Tischklub am Mittwoch.** „Vereinte Kraft“, Schönepfugstraße 2. Abends 9 Uhr Sitzung bei Klein. Große, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. - Kegel- und Tischklub „Emancipation“, Abends 9 Uhr bei Wagner, Neue Königl. 66. Große willkommen. - Charlottenburg. Kegel- und Tischklub „Vier und Acht“, Abends 8 Uhr, in Berlin. Silesierstr. 33. Männer und Frauen, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. - „Gleichheit“, Sitzung Abends 8 Uhr, Silesierstr. 7 bei Schumann.

**Arbeiter-Sänger-Chor** und **Arbeiter-Gesang-Verein**. Mittwoch, Abends von 8 bis 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Gelangverein „Eier“, Silesierstr. 61, bei Steiner. - Gelangverein „Friede“, (Wen. Chor), Mitter-Schönepfugstraße, Sobow's Brauerei. - Gelangverein „Silesier“, Schönepfugstraße 22, bei Bode. - Gelangverein „Silesier“, Schönepfugstraße 45, bei Bode. - Gelangverein „Silesier“, Schönepfugstraße 25, bei Bode.

# Vermischtes.

**Verurthelter Bankier.** Aus Stolz wird uns geschrieben: Das hiesige Schwurgericht verhandelte Freitag und Sonnabend gegen den Bankier Leo Heymann von hier wegen Missbrauchsgeldern und Vergehen gegen das Handelsgesetzbuch. Der vom Rechtsanwalt Dr. Sello aus Berlin verteidigte Angeklagte wurde zu 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und 5000 M. Geldstrafe verurtheilt, 9 Monate wurden ihm als durch die künftige Untersuchungshaft für verbüßt angerechnet. Am 23. d. M. wird sich Heymann vor der hiesigen Strafkammer noch wegen Unterschlagung, Betrug, Untreue und Vergehen gegen §§ 210 und 211 der Konfessionsordnung zu verantworten haben. Für diese Verhandlung sind sieben Tage in Aussicht genommen.

**Mein, 24. November.** Das Schwurgericht verurtheilt den 18-jährigen Maltenarbeiter Deppenweiler aus Hildorf zum Tode wegen Raubmordes.

**Gleitweg, 24. November.** Der aus Gleiwitz gebürtige Jägerführer Rabich fiel auf der Station Laband, als der Zug drei Minuten vor Berlin anhielt, er wurde auf der Stelle getödtet.

**Triest, 24. November.** Aus Mailand meldet die „Post“, daß der bekannte russische Anarchist Fürst Krupoff dortselbst verhaftet worden sein sollte.

**New-York, 24. November.** Das republikanische Nationalkomitee beschloß, daß die Konvention zur Wahlenhäufung des republikanischen Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik in Minneapolis am 7. Juni n. J. stattfinden solle.

# Depeschen.

**Paris, 24. November.** Die Unterkommission der Deputirtenkammer zur Prüfung der Wahl des Deputirten Esfargue beschloß deren Gültigkeit.

**Paris, 24. November.** Der Ministerrath beschäftigte sich heute mit dem Anstand im Departement Pas de Calais. Man nahm an, daß das Komitee der Bergwerks-Beschäftigten den Vorschlag annehmen werde, Schiedsrichter zu ernennen. Der Präsident der Republik, Carnot, hat den Gesuchentscheidungen der fakultativen Einigungskämmer und Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und der Arbeiter resp. Angestellten unterzeichnet. Den Entscheidungen der Schiedsgerichte wird nur moralische Bedeutung beigemessen sein, insofern verspricht man sich von denselben eine Steigerung des Vertrauens zur Rechtsprechung in individuellen Streitigkeiten.

# Briefkasten der Redaktion.

- Gera.** Brief kam leider zu spät in unsere Hände.
- Wiesbaden.** Sie wollen sich direkt an Herrn Kantke wenden. Adresse: Redaktion der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Kirchhofstr. 12.
- H. Mundt.** Das müssen Sie erst der Lokalkommission mittheilen.
- S. B. 10.** 1. Ein derartiges Institut existiert in Preußen nicht. 2. Der Kontrakt erlischt dadurch nicht.
- H. W. Bruns.** Das ist ein richtiger Bon. Die Nachstaben bedeuten: Teilmag. - Veestow-Storlow.
- Streitende.** Die Erde ist größer als der Mond.
- 65. Sophienstraße.** Wenn die Frau in Berlin Ihren Unterstufungswohnsitz hat, kann sie von der Anwandlung nicht abgeschlossen werden.

Für die Arbeiter-Bildungsschule gingen ein: Von einer Aktion in der Versammlung des Süd-Bezirks durch Selbig 13,55 M.

G. Gumpel, Varzinstr. 42.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Marie mit dem Kaufmann Herrn Siegfried Rosenbaum aus Dessau beehrt sich mich ergebenst anzugeben.  
**Frau verw. Lehor Cohn**  
geb. Heisemann.  
Steinbergstr. 9 II.  
Berlin, November 1891.  
**Marie Cohn**  
Siegfried Rosenbaum  
Verlobte.

**Kinderwagen**  
auch auf Theilzahlungen  
**Paul Neugebauer.**  
1509L Wilmerdorferstr. 51a.  
Charlottenburg.

Die rühmlichst bekannte  
**Bettenfabrik**  
von R. KIRSCHBERG  
Berlin C., Spandauerbrücke 1b,  
gegr. 1870, verkauft streng reell  
**neue Bettfedern,**  
vorzögl. fallend, Pfd. 0,50, 0,75,  
bis zu den allerbesten nur 3 M.  
**Daunen,** 1483L  
prima Halbdaunen 1,10, 1,50;  
reine Ganzdaunen 2,60 (von  
diesen Daunen genügen 3 Pfd.  
zum größten Deckbett); allerl.  
Schwanendaunen nur 4,50 u. 6,50.  
**Kompl. Betten,**  
bestehend aus Oberbett, Unter-  
bett, 2 Koppkissen in guter  
Fedorfüllung M. 12, 15, 20 bis  
zu den allerfeinsten Braut- u.  
Herrschaftsbetten enorm billig.

**Cohn's Hofenfabrik**  
7. Ballisadenstraße 7.  
arbeitet aus besten und verkauft einzelne  
Knabenhosen von 1 M. an, f. Büschen  
1,50, Herren 1,75, einzelne Jacken 1,50,  
Knaben-Anz. 2,50, Büschen-Anz. 3,50,  
Herren-Anz. v. 12 M. an, Knaben-  
Paletots von 3 M., Herren-Paletots  
von 12 M. an, Herren-Hosen in allen  
Arten. Bestellungen nach Maß ohne  
Preisberechnung. Sonntag bis Ab. gediff.

**Kleines Konversations-Lexikon**  
v. Meyar, 2. Aufl. m. v. Abbild. 25 Bfz. gebd.,  
garantirt komplet, 5 M. (statt 12 M.).  
b. Lederer, Berlin, Silesierstr. 37, 1594b

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß die Frau unseres Vorsitzenden und Sangesbruders Hermann Grobstein nach kurzem schwerem Leiden am Sonntag, 9/2 Uhr, verschieden ist.  
Die Beerdigung findet **Donnerstag, den 26. November,** Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zwölft Apostel-Kirchhofes in Schönberg statt.  
1600L  
Die Sangesbrüder vom Verein Phönix.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.**  
eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 29, Hof parterre.  
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Rester-Handlung.**  
Kunstfertigkeit von Herren- und Knaben-Anzügen, sowie Winter-Paletots. Unter sich garantiert.  
**Karl,**  
1551L, Waldemarstraße 66.  
**Achtung! Kein Laden.**  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren  
1 Mark. Garantie rein amerikanische  
Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 60 Bfz  
1274L.  
**G. F. Dinslage,**  
Kottbusserstr. 4, Hof part.

Den besten bayerischen  
**Schmalzler,**  
aus echtem Präparat, sowie  
ihre rühmlichst bekannten  
**Rauch-, Kau- und Schnupf-  
Cigarrensorten** empfehlen  
**Schwarz & Comp.,**  
Tabakfabrik, Nürnberg,  
Marienvorstadt,  
4, Gleisbühl - Straße 4.  
Verband von Schmalzler von  
7 Pfd. an franko. [1448L]

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt  
Artilleriestr. 27. S-10, S-7, Sonnt. S-10

**Uhren- und Goldwaaren**  
**Max Busse**  
157. Invalidenstr. 157, zwischen Markthalle und Ackerstr. Gegründet 1877.  
Für silberne und goldene Uhren, Regulatoren u. Wecker direktester Bezug. Schweizer Fabrikpreise. Gold-, Silber-, Granat- und Corallenwaaren in massenhafter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Die neuesten, geschmackvollsten Muster stets auf Lager. Nassu silberne und Alfenide-Geräthe zu Hochzeits-Geschenken.  
Spezialität: Goldene Ringe.  
In den Werkstätten werden die besten Arbeitskräfte Berlins beschäftigt, daher gewissenhafteste Ausführung von Reparaturen an Uhren und Goldsachen bei billiger Berechnung.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine  
**Rind- und Schweine-**  
**Schlächtere**  
in der  
**Markthalle Ackerstrasse,**  
Stand Nr. 39.  
Für gute und stets frische Waare wird Sorge getragen. 2590b  
Um günstigen Zuspruch bittet  
**Traugott Damerow.**

**Nothabak A. Goldschmidt,**  
Spandauerbrücke 6,  
am hiesigen Plage bekanntlich  
Größte Auswahl. Garantiert  
streng reelle Bedienung, billigste  
Preise! Sämmtliche im Handel  
best. Nothabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6,  
am hiesigen Plage. [716]

**Hdt Nordhäuser Kantabak**  
aus der Fabrik v. Hondeß & Schuman  
Inhaber Herrmann Kessler  
Nordhausen a. S.  
zu Fabrik-Preisen.  
**H. Czerwonka,** Friedenstraße,  
Nr. 50.  
Kantabak-Kommission - Export-Geschäft.  
**Neue Uhren** mit Goldbesatz,  
zu Weihnachtsgeschenken pass., werden  
sauber u. billig angefertigt. [171b]  
P. Krafft, Pringelstr. 108. I.

**Günstig f. Seger o. Schweizerdeg.**  
Gut eingeführte Accidenz-Buchdruckerei  
bei 3000 M. Anzahlung sehr preiswürdig  
3. vert. Off. u. A. Z. 40 Exped. d. Bzg. erb.  
**H. Guttmann,** Brunnenstraße 9.  
Recht wärmer verkauft Zisch,  
Diesenbachstr. 73, Hof part. 192b  
**Pfandleihe,** Silesierstr. 35. 199b

**Kinderwagen** Größtes Lager Berlin  
**300 M.** werd. gegen gute Sicherheit  
zu leihen gel. Adr. Postamt 42 u. A. B.  
Fehl. Schlafst. f. 1 Herrn, sep. Eing.,  
bei Günther, Mantelstr. 50, v. IV.  
Zitherlager, Unterr. Dredenerstr. 98. I.

**Arbeitsmarkt.**  
Versicherung. Zur Erweiterung von Lebens-, Unfall-, Feuer- und Glasversicherungen für bestmögliche Versicherungs-Geschäften werden tüchtige Agenten bezw. Acquisiteure gesucht. Hohe Provision und Gehaltsantheil, sowie nach erwiesener Leistungsfähigkeit festes Gehalt. Offert. unter X. B. nimmt die Exped. des „Vorwärts“ entgegen. 199b  
Suche für meinen Sohn f. Nachmitt. e. Landwirthschafts-Stelle. Silesierstr. 51, vorn 1 Treppe. 194b

**Winter-Paletots, Anzüge,**  
Rock- und Jaquet-Jacon,  
elegante Muster  
in bekanntem guten Sitz und Arbeit von den billigsten bis zu den elegantesten, empfiehlt  
**Julius Lindenbaum,**  
Frankfurterstraße  
139,  
zweites Haus an der Fruchtskrasse.  
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.  
NB. Zur Anfertigung und Waare halte großes Lager in Stoff-Materialien, für guten Sitz garantirt. Aufschneider im Hause.  
I. Anstand, Mädch. sind. Schifft. b. Frau Gauß, Mantelstr. 75, v. p. Abb. 6/2-9  
**Lieferant** sämtlicher freien Pfd. lassen für Berlin 30. für Britten, Bruchhäuser u. f. w. 1497L  
**P. Kornrumpf,**  
Oranienstrasse 187 am Heinrichs-Platz.

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

New-York, Mitte November. Es sieht gegenwärtig hier in New-York sehr ungemütlich aus. Die, mindestens leichtsinnige Gründung eines neuen gewerkschaftlichen - „anarchistisch-kon-

Es ist noch immer nicht bekannt, wie viel Stimmen auf die sozialistische Arbeiterpartei im Staate New-York gefallen sind. Bis heute konnten rund 12000 festgestellt werden, doch beziehen sich augenscheinlich viele Meldungen nur auf einzelne Orte in den betreffenden Counties. Da, wie schon mitgeteilt, New-York City und Brooklyn zusammen rund 1800 Stimmen mehr geliefert haben, als bei der vorjährigen Wahl, auch bedeutender Stimmenzuwachs in verschiedenen Orten im übrigen Staate festzustellen ist, so werden sich wohl bei der offiziellen Zählung zwischen 14-15000 Stimmen ergeben, gegen 13000 im vorigen Jahre.

Chicagoer Bourgeoisie - welche Feiern aber eigentlich auch zugleich eine solche an die damalige Feiheits der Chicagoer Arbeiter! - liegen nur aus einigen Orten Berichte vor. Hier in New-York wurde die Feiertage wieder von den Sozialisten und Anarchisten separat abgehalten und bei beiden Gelegenheiten war das Lokal - der große Saal des Cooper-Instituts - gefüllt. Einer der Redner bei der anarchischen Feiertage, der bekannte Sekretär des Väter-Arbeitervereins, Delabor, sprach den Wunsch aus, daß nicht mehr zwei Versammlungen zum Andenken an die Märtyrer abgehalten werden sollten. Um diesen Zweck zu erreichen, sei es notwendig, die Arbeiterschaft in New-York zu vereinigen und die bestehenden Zwistigkeiten und alle Urheber der Uneinigkeit aus der Arbeiterbewegung zu vertilgen. - Man meint hier manchmal in einem Tollhause zu sein! Das ist derselbe Mann, welcher auf der vorjährigen Konvention der amerikanischen Föderation der Labor für die Zulassung der New-Yorker Zentral-Labor-Föderation eintrat und am bestigsten den Präsidenten jener Organisation, Compers, angriff; der später als Kandidat für den Brüssel Kongress figurierte und, nachdem er in der Minorität geblieben, sich von selbstem Compers zum Organisator der Föderation für den Staat New-York ernennen ließ, und der schließlich der Hauptmacher bei Herbeiführung der jetzt herrschenden „Zwistigkeiten“ und „Uneinigkeit“ durch Gründung des neuen Zentralkörpers war!

Ja Chicago hat die Polizei die Feiertage zu einer nationalen geklämpft, indem sie in das Versammlungsort drang und die Aufhebung des „Sternen- und Streifenbanners“ über den roten Bahnen forderte, resp. erzwang!

Polizeiliches, Gerichtliches.

Gustav Kehler, Redakteur des „Laudandierers“, sollte sich in einem Arbeiter-Bildungsverein zu Stuttgart gehaltenen Vortrag nach Ansicht der Staatsanwaltschaft zu Mordgebrechen des Gotteslästerung schuldig gemacht haben. Die Strafammer wies die Anklage zurück, ohne das Hauptverfahren zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft legte darauf Verurteilung beim Reichsgericht ein; dieses fand zwar keine Gotteslästerung, aber wenigstens „groben Unfug“ in den in bestimmten Stellen des Vortrages und verwies die Anklage auf die Aburteilung an das Schöffengericht zu Stuttgart. Das letztere Gericht erklärte sich jedoch für unzuständig, weil nicht letzter Urzug, sondern Gotteslästerung vorliege, und verwies die Sache vor dieselbe Strafammer des Landgerichts, welches schon einmal die Einstellung des Verfahrens beschloffen hatte. Die Reichsgerichtliche Strafammer sollte nun ein freisprechendes Urteil. Der Staatsanwalt legte dagegen Berufung beim Reichsgericht ein, dieses aber wies die Berufung ab. Und worin bestand nun die „Gotteslästerung“ bzw. der „grobe Unfug“? Der genannte Vortrag hatte u. a. geäußert: „Der Beweis für das Dasein Gottes, den man daraus entnehmen will, daß die Welt besteht, indem man sagt: Wenn eine Welt da ist, muß auch Jemand da sein, der sie geschaffen hat, führt weiter fortgesetzt zum Bilden (zum aburden); denn man kann dann weiter schließen mit demselben Recht: Weil ein Gott da ist, der die Welt geschaffen hat, muß auch Jemand da sein, der Gott erzeugt oder geschaffen hat. Diesem logischen Folgerung entsprechend nannten die alten Völker auch Gottesgeschlechter.“ - Eine Person, Namens Bergmann, welche Grund hatte, sich nicht mehr als Genosse betrachtet zu sehen, fand es vorteilhaft, sich über diesen Vortrag zu entäußern, und so kam eine Denunziation zu Stande.

Eine Anzahl Parteigenossen von Plattenberg bei Jferlohu hatten am 8. Mai d. J., da für sie zur Abhaltung einer Versammlung auf ein Lokal keine Aussicht vorhanden war, beschlossen, einen gemeinschaftlichen Kusling zu arrangieren, welcher auch ausgeführt wurde. Auf der Wiese angelangt, verspürten Einige etwas Appetit auf ein Glas Bier und lehrten daher annähernd 60 Personen in die Restauration Plügge ein. Ein Genosse benutzte die Gelegenheit und hielt eine kurze Ansprache über die Bedeutung des 8. resp. des 1. Mai als allgemeiner Arbeiterfeiertage. Wegen „Abhaltung einer nicht vollständig angemeldeten Versammlung“, in der „öffentliche Angelegenheiten“ erörtert wurden, haben nun zwei Parteigenossen, darunter jener Redner, je 15 M. Strafe zu bezahlen.

Redakteur Grinpe von der Elberfelder „Freien Presse“ hatte am 18. November seine siebenmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, die ihm wegen 6 Proporzgehen ausliefert worden waren. Jetzt genießt er die „goldene Freiheit“ so lange, bis über die ihm weiter auferlegten Strafen, welche im Gesamtbetrage 8 Monate 14 Tage Gefängnis ausmachen, vom Reichsgericht entschieden ist. Ein Verteidigungsprozeß schwebt noch in der unteren Instanz.

Der Kolporteur Müller in Röhlaun leahbüchtlige, für genannten Ort einen Gewerkschaften zu lösen. Die Ortsbehörde wies ihn ab und so wandte sich Müller an die Amtshauptmannschaft Röhlaun. Diese gab dem Betreffenden auf, ein Verzeichnis derjenigen Schriften einzureichen, welche der Geschäftler zu kolportieren gedente. Daraufhin reichte derselbe folgendes Verzeichnis ein: Der Neue Welt-Kalender; Schorers Familienblatt; Das Neue Wort; Der Mensch und seine Klassen; Die Volks-Bibliothek des gesamten menschlichen Wissens; Ein Held des Geistes und des Schwertes; Lichtstrahlen, Blätter für volksverständliche Wissenschaft; Weltanschauung und Weltuntergang; Ferd. Lassalle's Reden und Schriften; Berliner Arbeiter-Bibliothek; Das deutsche Reichs-Gesetzbuch; Die französische Revolution; Großer deutscher Bauernkrieg; Die Geschichte der Erde; Die Neue Zeit; Die Urgesellschaft; Illustrierte Romane aller Nationen, Unterhaltungsbücher für Jedermann; Der „Wahre Jakob“ und „Glühlichter“. Müller war nicht wenig erstaunt, als die Amtshauptmannschaft die gepervert gedruckten Schriften „zum Heilhalten im Ambergischen“ nicht gestattet und demselben andernfalls, ein anderes Verzeichnis einzureichen. Müller kann sich das Vorgehen der königlichen Amtshauptmannschaft nicht erklären.

Der Schulze von Bindersleben hatte die Fortweisung von agitierenden Sozialdemokraten aus seinem Machtbereich befehlend als „einen Anstus des Hausrechts der Gemeinde“ bezeichnet. Die Gegner der Sozialdemokratie, namentlich die Konservativen, freuten sich über dieses genialen Mittel, die sozialdemokratische Agitation von den Dörtern fernzuhalten, selber ist ihre Freude nicht von langer Dauer gewesen, denn der kaiserliche Regierungspräsident hat die Auffassung des Schulzen von Bindersleben nicht zu billigen vermocht, sondern ihn rekrifiziert.

Soziale Ueberflucht.

In die deutsche Schmiedeghilfen! Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß die Schmiedeghilfen Münchens (Meistergehilfen) sich seit Sonnabend, den 21. November, im Ausstand befinden. Die Veranlassung dazu war eine von den Meistern proponierte Verlängerung der Arbeitszeit am Sonnabend, worauf wir nicht eingehen konnten. Es handelt sich also um einen Abwehrrreit. Wir bitten alle zielbewußten Kollegen, den Zugang fern zu halten und uns nach Kräften zu unterstützen. Alles Nähere wird in der Frühzeitschrift, dem „Bruder Schmied“, mitgeteilt. Briefe und Sendungen sind zu richten an Faver Pottinger, München, St. Jakobsplatz 7 II rechts. Alle Arbeiterblätter sind um Abdruck gebeten.

Die Gewerkschaften Breslans haben sich nach dem Beispiel von Berlin, Leipzig, Dresden, Halle und anderen Städten nun auch zu einem „Gewerkschaftskartell“ vereinigt.

Aus Sachsen schreibt man uns: Mit Recht war man in Arbeiterkreisen verwundert über den Paffus der sächsischen Thronrede, welcher die Arbeitsverhältnisse in einem ziemlich rofigen Maße erscheinen läßt. Leute, die näheren Einblick in die Lage der Arbeiter haben, können sich dem günstigen Urtheile, wie es in der Thronrede ausgesprochen wurde, durchaus nicht anschließen, denn es geschehen in unseren Industriezentren fortwährend Dinge, die den Arbeitern zu den lebhaftesten Klagen Anlaß geben, und weder im Geschäftsrückgang noch in dadurch bedingter Verkürzung der Arbeitszeit ihren Grund haben. So sind z. B. seit einiger Zeit Agenten der westfälischen Kohlenbarone, besonders im Detsinger Bezirk, welcher zum Juidauer Revier gehört, mit Erfolg thätig, um unzufriedene Bergleute für Westfalen anzuwerben. Und die sächsischen Bergleute folgen zu Hunderten den Lockrufen der Menschenschacherer, die lächelnd ihre Prosente, die sie pro Kopf erhalten, einstecken, und sich dann um das weitere Schicksal der Angeworbenen vertheilt wenig kümmern.

Was treibt die Leute aus der Heimath fort? Warum verlassen sie die Stellen, an denen ihr Schweiß und Blut fließt? Sie haben wie die Maulwürfe die Erde nach den schwarzen Diamanten durchwühlt und die Taschen der Aktionäre gefüllt, ihnen aber gönnt man nicht mehr, als die allergeringste Grütze. Von Allen, was man ihnen 1889 im Mai und Juni, als die Erregung eine hochgradige war, gewährte: Lohnzuschlag, Herabsetzung der Schichtzeit, ist jetzt gar keine Rede mehr. Niemand bringt die Herren, ihr gegebenes Wort zu halten; die Büden unter der Belegschaft der Gruben werden durch Ankländer ersetzt, welche das Geld ebenfalls aus ihrer Heimath getrieben hat und die hier nicht selten aus dem Regen in die Traufe kommen. So forirt bereits in vielen Gruben wieder die 12stündige Schicht bei Gehingfäden, wie sie vor 1889 gang und gäbe waren, was bei den hohen Lebensmittelpreisen also eine ganz bedeutende Lohurreduktion bedeutet und in scharfem Kontrast zu der Höhe der Beamtengehälter steht, wie sie nach der Vortage im Landtag geplant sind. Was erwartet aber die Angeworbenen in Westfalen? Nun, die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ öffnet bereits den Schurzengenschreien der Armen ihre Spalten. Man hat ihnen als Durchschmittslohn pro Schicht 4,50 M. versprochen (bei uns ist 3,50 M. für den Häuer schon ein guter Lohn), aber Versprechen und Halten ist natürlich auch bei den westfälischen Herren zweierlei, unsere Sachsen haben dort schon Schichten für 1,70 M. verfahren müssen und Klagen dabei noch über ungebührliche Behandlung; das wäre also ganz wie bei uns. Wann wird dieses System das wohlverdiente Ende finden? Thronreden erschüttern es allerdings nicht!

Versammlungen.

In einer großen öffentlichen Generalversammlung der Puhner Berlin und Umgegend, welche am 23. November bei Bienerfahrt tagte, kam durch Fortsetzung der Diskussion des zweiten Punktes der Tagesordnung der Versammlung vom 15. d. Mt., welcher diesmal den ersten Punkt bildete, die Fenster- und Kofastorbfrage zur Erledigung. Den Vorsitz führten die Kameraden Dähne, Neumann und Gröschke. Kamerad Gröschke erklärte sich zunächst in ruhigen, von Beifall begleiteten Worten sympathisch zu der Fensterfrage. Hätten auch speziell die Puhner bei der ganzen Angelegenheit einige kleine Unannehmlichkeiten, so müsse und werde man zweifellos dieselben zum Wohl der gesammten Arbeiterschaft zu überwinden wissen. Kamerad Neumann besprach sodann in längeren Ausführungen, die speziell von den Töpfern und Studateuren in der Hauptsache in einem im „Vorwärts“ zum Abdruck gelangten Bericht behauptete Unsolidarität der Puhner. Man habe nach seiner Richtung hin diese Behauptungen, die auf Einzeln, wie überall, vielleicht zuträfen, der Allgemeinheit der Puhner mit Recht vorwerfen können und wo es sich um das Gemeinwohl handle, stünden diese im Vordergrund des Kampfes. Töpfer Thiemel bekennt sich zum Verfasser erwähnten Aufsatzes und verläßt seine Ansicht. Er mahnt gleich Kamerad Grothmann und Studateur Grüneberg zur Einigkeit und zu gemeinsamem Handinhandgehen. Kamerad Buchholz vertritt unter Beifall lebhaft den Standpunkt der Puhner. An die rechte Schmiede, den Unternehmer, solle man sich in Bezug auf die Einführung von Arbeitsveränderungen und Verbesserungen wenden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die u. i. v. Versammlung erklärt das Vorgehen der Studateure und Puhner in der Fensterfrage durchaus für gerechtfertigt. Die Versammlung erklärt ferner, soweit sich dies mit der Sicherheit für Leben und Gesundheit vereinbaren läßt und nicht direkt schädigend für uns wirkt, dieselben unterstützen zu wollen. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeit bei jetziger Jahreszeit“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt und nach Erledigung interner Angelegenheiten die Versammlung geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Tischler und Verlagsgeossen am 23. d. Mt. sprach der Reichstags-Abgeordnete Ulrich über den Werth der Zentralisation. Redner hob hervor, daß, nachdem den Berliner Tischlern wieder die Möglichkeit gegeben sei, einer Zentralorganisation beitreten zu können, diese nun auch nicht jögern sollten, sich dem großen Ganzen anzuschließen. Die Lokalorganisationen hätten ihre Aufgabe erfüllt, an deren Stelle müßten jetzt die Zentralorganisationen treten, welche einen bedeutend höheren Werth hätten, als die letzteren. Die Organisation der Zukunft sei unbedingt die Zentralisation und zwar eine Zentralisation, ein Zusammenschluß aller Branchen. Die Zentralisation bewege eine erhöhte Konzentration der Kräfte gleichartiger Interessengruppen. Wenn es auch vorläufig Aufgabe sein müsse, die einzelnen Branchen zu organisieren, so dränge doch die moderne Entwicklung darauf hin, daß die zentralisirten Branchen unter sich wieder eine Zentralisation bilden, um der Ausbeutung des Kapitals ein Paroli bieten zu können. Diese Lehre sei zu ziehen aus den Kämpfen in Hamburg, sowie auch aus dem gegenwärtigen Kampfe der bestorganisirten Branchen, der Buchdrucker. Die Vorteile der Zentralisation erläuterte Redner in eingehender Weise in Bezug auf Rechtschutz, Wanderunterstützung, Herbergwesen, Arbeitsnachweis, Streitunterstützung u. v. a., veranschaulichend, daß die Zentralisationen in Bezug auf diese Dinge weit besser den jeweiligen Bedürfnissen Rechnung zu tragen vermögen, als Lokalorganisationen, ohne, wie diese, sich so leicht der Gefahr anzuflehen, einem findigen Staatsanwalt in die Hände zu fallen. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, die immer brennender werde, könne von Lokalorganisationen insolge des nicht abwegenden Zugangs nimmer mit Erfolg ausgefochten werden; ebenso wenig vermöge die Lokalorganisation zu leisten auf dem so wichtigen Gebiete der Statistik. Nur große Organisationen vermöchten über alle die Gewerkschaften beruhenden Fragen ein annähernd übersichtliches Bild zu liefern. Den Werth der Organisation an sich veranschaulichte Redner durch Gegenüberstellung der deutschen Buchdrucker und der Weber, und an dem gleichen Beispiele den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit, welche die vornehmste Aufgabe der Organisation sei. Bei aller Anerkennung der Verdienste der Lokalorganisationen müsse doch jetzt der Ruf: „Vorwärts zur Zentralorganisation“ um so mehr erschallen, als das Unternemmerthum in den Berufsgenossenschaften eine der stärksten Zentralisationen besitze, die zudem von oben herab protegirt werde. Dem gegenüber müsse eine starke Zentralisation der Arbeiter geschaffen werden, um wirksam einem weiteren Rückgange der Lebensbedingungen der Arbeiter entgegenzutreten zu können. Der Werth der Organisation werde selber noch zu wenig von den Arbeitern erkannt. Der Individualismus und Egoismus müsse kraftvoll bekämpft und Jenes klar gemacht werden, daß man nicht sofort ernten könne, wenn man gesät hat, und daß man überhaupt nicht ernten könne, wenn man nicht säete, und daß es nicht ohne den Einzelnen gehe. Die Agitation für die Zentralisation könne nach dieser Richtung hin mehr wirken, als die Lokalorganisationen, die doch mehr auf Verengung zugespielt seien. Der leitende Grundfah müsse sein: „Einer für Alle, Alle für Einen.“ Neben der Verkürzung der Arbeitszeit müsse die gewerkschaftliche Organisation auch Einfluß auf die Höhe des Lohnes gewinnen und je stärker die Organisation sei, desto mehr vermöge sie dieses. Neben der rein gewerkschaftlichen Organisation dürfe aber auch nicht aus den Augen gelassen werden, daß, um die durch die Organisationen erzielten Vorteile auf die Dauer zu erhalten, die Arbeiter bestrebt sein müssen, an politischer Macht zu gewinnen, um die erlangenen Vorteile durch die Gesetzgebung festzulegen, das Grundübel, die privatkapitalistische Produktionsweise, zu beseitigen und an deren Stelle die gesellschaftliche Produktionsweise zu setzen. In den Organisationen hätten die Arbeiter das Mittel, eine Verbesserung ihrer Lage zu erwirken und sei es Pflicht eines jeden Einzelnen, für größtmögliche Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen. (Beifall.) In der dem Vortrage sich anschließenden Diskussion forderte zunächst Kollege Karo die Aufhebung der am Orte bestehenden lokalen Fachorganisationen und beantragte eine dem entsprechende Resolution. Glöckle erklärte sich zwar theoretisch mit dem Referenten einverstanden, war aber der Meinung, daß die Agitation für die Zentralisation, wie sie gegenwärtig geführt werde und die Schreibweise der „Tischler-Zeitung“ nicht geeignet sei, die lokalorganisirten Tischler ohne weiteres zu veranlassen, sich dem Verbände anzuschließen. Er erkannte an, daß die Zentralisation als Kampfformorganisation gegenüber dem vereinigten Unternemmerthum der lokalen Organisationen vorzuziehen sei, war aber der Meinung, daß die lokalen Organisationen nicht nur ebenso gut, sondern sogar besser die gewerkschaftlichen Interessen der Berufsgenossen zu wahren vermöchten und begründete diese seine Meinung in eingehendster Weise. Er zeigte, wie der Fachverein das Mögliche für die Organisation gethan, den Organisationsgeist in die Berliner Kollegen

